



Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	276
<b>Schadenersatzanspruch gegen Rechtsanwalt</b>	277
– Anerkenntnis	
– Pflicht zur Streitverkündung	
– Stillhalteabkommen	
(BGH, Beschl. v. 9. 7. 1992 – IX ZR 208/91)	
<b>Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG</b>	278
– Abgrenzung der Außenprüfungsfälle	
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 2. 4. 1992 – 18 U 54/89)	
<b>Honoraranspruch</b>	282
– Verjährung	
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 9. 7. 1992 – 13 U 255/91)	
<b>Darlegungslast und Verjährung</b>	284
– Anschaffungsnaher Erhaltungsaufwand	
– Verjährungsbeginn	
(OLG Köln, Ur. v. 25. 5. 1992 – 12 U 230/91)	
<b>Verjährung von Schadenersatzansprüchen</b>	292
– § 68 StBerG	
– FG-Verfahren	
(AG Königswinter, Ur. v. 4. 3. 1992 – 3 C 390/91)	
<b>Unerlaubte Steuerberatung</b>	294
– Bilanzbuchhalter	
– Honorarrückforderung	
– Nichtigkeit des Geschäftsbesorgungsvertrages	
(OLG Koblenz, Ur. v. 30. 10. 1990 – 3 U 1293/89)	
<b>Fehlerprüfung durch neuen Berater</b>	299
– Gebührenanspruch	
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 2. 4. 1992 – 13 U 170/91)	
<b>Versicherungsberatung</b>	302
– unerlaubte Rechtsberatung	
– Versicherungsmakler	
(LG Nürnberg-Fürth, Ur. v. 12. 7. 1991 – 4 HK 02898/91)	
<b>GI Hinweise</b>	305

## GI Leitsätze

### Versendung von Schriftstücken/Zuverlässigkeit/Botentätigkeit zum Briefkasten

Der Prozeßbevollmächtigte braucht keine besonderen Vorkehrungen dafür zu treffen, daß die mit der Besorgung der ausgehenden Post beauftragte Hilfskraft, an deren Zuverlässigkeit bisher keine Zweifel aufgetreten sind, die zur Versendung bestimmten Schriftstücke auch vollzählig in den Postbriefkasten einwirft.

(BGH, Beschl. v. 3. 7. 1992 – V ZB 11/92)

### Berufungszulassung/Widerruf/§ 46 Abs. 2 Nr. 5 StBerG

Einem Steuerberater/Steuerbevollmächtigten, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, ist seit dem Inkrafttreten des vierten StBerÄndG die Bestellung zwingend zu widerrufen.

(BFH Urt. v. 12. 11. 1991 – 7 R 81/90 – Stbg 1992, 153)

### Unerlaubte Steuerberatung/Gutachten Betriebsaufspaltung

Ein Unternehmensberater, der in einem Gutachten einer Bäckerei auf Grund mehrerer konkreter Steuerbelastungsvergleiche eine Betriebsaufspaltung empfiehlt, leistet geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen. Diese Tätigkeit ist ihm weder nach § 4 Nr. 5 noch nach § 6 Nr. 1 StBerG erlaubt.

(OLG Frankfurt, Beschl. v. 23. 5. 1991 – 6 W 41/91 – rkr, BB 1991, 1962, StB 91, 366 EWIR § 5 StBerG 1/91, 1125 [Chemnitz])

### Haftung für Steuerschulden/Umfassendes Mandat/Ausländischer Mandant/§§ 33 StBerG, 2 Abs. 2 WPO

1. Erteilt ein Auftraggeber (hier: eine ausländische Kapitalgesellschaft) einem StB/WP Vollmacht zur Wahrnehmung seiner steuerlichen Belange in der Bundesrepublik Deutschland sowie zur Abgabe sämtlicher Erklärungen im Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten, so kann dieser nicht für Steuerschulden seines Auftraggebers haftbar gemacht werden, wenn er sich bei Ausübung seiner Tätigkeit im Rahmen seines Auftrages sowie der für ihn geltenden Vorschriften des § 33 StBerG/§ 2 Abs. 2 WirtPrO hält und für seinen Auftraggeber nicht als dessen gesetzlicher Vertreter tätig wird.

Auch die Anweisung des Berufsangehörigen an das Finanzamt, einen absehbaren Erstattungsanspruch an Körperschaftssteuer seines Mandanten zur Bezahlung von dessen Gewerbesteuerschulden an die Gemeinde zu überweisen, liegt im Rahmen der Sorgfaltspflichten aus seinem Beratungsvertrag.

2. Hat die Finanzbehörde (hier: eine Stadt für Gewerbesteuer) gegen den Berufsangehörigen einen Haftungsbescheid erlassen und versäumt sie es, gem. § 191 Abs. 2 AO 1977 die vorgeschriebene Anhörung der zuständigen Berufskammer durchzuführen, so ist dieser Haftungsbescheid außerdem mit einem nicht unerheblichen Verfahrens- und Rechtsmangel behaftet.

(Bayr. Verwaltungsgericht München, Beschl. v. 21. 3. 1991 – M 10 S 91.644 – rkr, Steuerberater 1991, 361)

## Schadenersatzanspruch gegen Rechtsanwalt

- Anerkenntnis
- Pflicht zur Streitverkündung
- Stillhalteabkommen

(BGH, Beschl. v. 9.7.1992 – IX ZR 208/91)

### Leitsätze (d.Verf.):

1. Das Eingeständnis, für den Eintritt der Verjährung verantwortlich zu sein, stellt kein Anerkenntnis des daraus abgeleiteten Schadenersatzanspruchs dar.
2. Den Anwalt trifft nicht die Pflicht, die Verjährung des gegen ihn selbst gerichteten Anspruchs durch Streitverkündung im Vorprozeß zu unterbrechen oder ein Stillhalteabkommen zu schließen.

### Aus den Gründen:

.....

Ohne Rechtsfehler hat das Berufungsgericht die Schadenersatzforderung der Kläger als verjährt angesehen. Die Verjährung wurde weder unterbrochen noch gehemmt. Rechtsirrtumsfrei haben die Instanzgerichte das Schreiben der Beklagten vom 10. Dezember 1985 nicht als Anerkenntnis im Sinn von § 208 BGB gewertet. **In dem Eingeständnis, für den Eintritt der Verjährung verantwortlich zu sein, liegt nicht das Anerkenntnis eines Schadenersatzanspruchs.** Vergleichsverhandlungen zwischen den Parteien waren nicht geeignet, den Ablauf der Verjährungsfrist zu hemmen. § 852 Abs. 2 BGB ist auf die Verjährung nach § 51 BRAO nicht entsprechend anwendbar (BGH, Ur. v. 15. Dezember 1988 – IX ZR 33/88, WM 1989, 581, 583). **Die Beklagten hatten auch nicht die Pflicht, die Verjährung des gegen sie selbst gerichteten Anspruchs durch Streitverkündung im Vorprozeß zu unterbrechen oder mit den Klägern ein Stillhalteabkommen zu schließen.** Dies folgt bereits daraus, daß solche Maßnahmen zur Verhinderung einer Verjährung nicht erforderlich waren; der Vorprozeß endete lange vor Eintritt der Verjährung der Anwaltschaftung. Für den Abschluß eines Stillhalteabkommens, daß heißt einer Vereinbarung, daß den Beklagten vorübergehend das Recht zur Verweigerung der Leistung zustehen solle (BGH, Ur. v. 14. November 1991 – IX ZR 31/91, WM 1992, 579, 580; v. 21. Februar 1983 – VIII ZR 4/82, NJW 1983, 2496, 2497 f; v. 28. November 1972 – VI ZR 126/71, VersR 1973, 232, 233), fehlt hinreichender Sachvortrag. Der Geltendmachung der Verjährungseinrede steht auch nicht der Grundsatz von Treu und Glauben entgegen.

Dabei mag dahinstehn, ob die Kläger darauf vertrauen durften, während der Vergleichsverhandlungen werde die Verjährungseinrede nicht erhoben. Der vorgelegten Korrespondenz ist zu entnehmen, daß die Anwälte der Kläger zuletzt mit Schreiben vom 18. März 1988 einen von der Gegenseite nach abschließender Prüfung unterbreiteten Vergleichsvorschlag abgelehnt haben. Damit waren die Verhandlungen gescheitert. Die Kläger hätten binnen **angemessener – kurz bemessener – Frist für die Zustellung der Klage Sorge tragen müssen** (BGHZ 93, 64, 66). Sie haben jedoch den bereits im September 1987 eingeforderten Kostenvorschuß erst am 2. Juni 1988 eingezahlt. Eine Frist von **mehr als zehn Wochen** kann im Streitfall nicht mehr als angemessen gewertet werden (vgl. BGH, Urt. v. 6.12.1990 – VII ZR 126/90, NJW 1991, 974, 975).

.....

## **Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG**

– Abgrenzung der Außenprüfungsfälle

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 2. 4. 1992 – 18 U 54/89 – rkr.)

### **Leitsätze (d. Verf.):**

1. Die Verjährungsfrist beginnt mit der Schlußbesprechung einer Außenprüfung nur dann, wenn die Steuererklärung fehlerhaft war und deshalb vermeidbare Steuern durch die Außenprüfung festgesetzt werden.
2. Die verjährungsunterbrechende Wirkung eines Mahnbescheides endet mit der Nachricht an den Antragsteller über den eingelegten Widerspruch, wenn dieser das Verfahren nicht weiter betreibt und es infolge dessen zum Stillstand kommt (§ 213 Satz 1 in Verbindung mit §§ 212 a) Satz 2, 211 Abs. 1 BGB). Die Verjährungsfrist läuft dann vom Tag der Widerspruchsnachricht.

### Aus den Gründen:

.....

Die Berufung der Klägerin ist auch gegen den Beklagten zu I. unbegründet.

Im Ergebnis zu Recht hat das Landgericht die Klage abgewiesen. Ein etwaiger Schadensersatzanspruch der Klägerin gegen den Beklagten zu I. wegen Verletzung seiner vertraglichen Beratungspflichten, der nicht näher untersucht zu werden braucht, wäre jedenfalls gemäß § 68 des StBerG verjährt.

Danach verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadensersatz aus dem zwischen ihm und den Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in 3 Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

Die Entstehung des Schadensersatzanspruches, die den Lauf der Verjährungsfrist beginnen läßt, ist zu bejahen, **wenn der Schaden wenigstens dem Grunde nach erwachsen, ferner wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eingetreten ist, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird.** In diesen Fällen kann und muß der Ablauf der Verjährungsfrist durch Erhebung einer Klage auf Feststellung der Pflicht, den noch nicht bezifferbaren entstandenen und entstehenden Schaden zu ersetzen, unterbrochen werden (vgl. BGH WM 1991, S. 1088 ff. [1089]).

Hier ist der Klägerin bereits jeweils bei Abschluß der Jahre 1982 bis 1984 ein Schaden dadurch entstanden, daß sie ihre Finanzierungsweise über langfristige Wechselverbindlichkeiten zur Einsparung von Gewerbesteuern nicht geändert hat.

Die evtl. Vertragsverletzung des Beklagten lag in dem Unterlassen einer entsprechenden Beratung über die Folgen der Wechselfinanzierung, die unabhängig von einer ausdrücklichen Vereinbarung einer allgemeinen Beratung zu seinem Pflichtenkreis gehört hätte.

**Der jeweilige Schaden der Klägerin ist bereits zum Ende dieser Jahre entstanden, weil er nicht mehr hatte rückgängig gemacht werden können und seine Entstehung damit weder von der Abfassung der Gewerbesteuererklärung des Beklagten abhängig war, noch von der späteren Erkennung des Schadens aufgrund der Betriebsprüfung.**

Hier liegt **kein Fall vor, in dem die Verjährungsfrist für durch Pflichtwidrigkeit des Steuerberaters bei der Steuererklärung verursachte Schäden im Falle einer Außenprüfung mit deren Abschlußbesprechung beginnt.**

Das wäre nach der geänderten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (vgl. BGH, Urteil vom 4. 4. 1991, abgedruckt in WM 1991, S. 1088 ff.; BGH, Urteil vom 7. 5. 1991, abgedruckt in WM 1991, S. 1303 ff.) dann der Fall, wenn aufgrund dieser Maßnahme höhere Steuern erhoben werden und die Mehrbeträge ohne den Fehler des Steuerberaters auch nach dem Ergebnis der Außenprüfung nicht festgesetzt worden wären – ansonsten beginnt die Verjährungsfrist mit der Bestandskraft des Bescheides, der auf die fehlerhafte Steuererklärung hin ergangen ist.

**Voraussetzung für diese Fälle ist einheitlich, daß die Steuererklärung selbst fehlerhaft ist.** Das ist hier nicht der Fall. Der Beklagte hatte die Steuererklärungen aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten der Finanzierungsweise der Klägerin erstellt.

Die Wechselschulden stellten hier – sowohl nach der Auffassung des Finanzamtes Siegen in deren ursprünglichen Bescheiden über die Festsetzung der Gewerbesteuermeßbeträge entsprechend den Angaben des Beklagten zu 1. in den Steuererklärungen als auch nach Feststellung des Finanzamtes im Bericht über die Betriebsprüfung vom 16. 2. 1987 – wegen der gewählten Wechselfinanzierungsart und der mehr als 12-monatigen Laufzeit Dauerschulden dar und waren dem Einheitswert des gewerblichen Betriebes hinzuzurechnen.

Damit hat der Beklagte nicht etwa Fehler bei Abfassung der Steuererklärungen begangen. Vielmehr wirft ihm die Klägerin hier vor, sie nicht auf die Nachteiligkeit ihrer langfristigen Wechselfinanzierung in Bezug auf die anfallende Gewerbesteuer hingewiesen zu haben. Dieser Schaden ist dem Grunde nach bereits mit Ablauf der jeweiligen Jahre entstanden, in denen die entsprechende anderweitige Beratung unterblieben war.

**Der Entstehung des Schadens bereits zu diesem Zeitpunkt steht nicht entgegen, daß die Klägerin bis zur endgültigen Festsetzung der Meßbeträge aufgrund der Betriebsprüfung auf eine "Einigung über die steuerliche Behandlung dieses Komplexes" mit den zuständigen Finanzbeamten gehofft hatte und nachträglich versucht hat, die Wechselkredite einzelnen Warenlieferungen – wenigstens teilweise – zuzuordnen.** Tatsächlich hatte sie ihre Finanzierungsweise durch diese Wechselkredite so eingerichtet, daß sie Dauerschulden darstellten und hat diese Finanzierungsweise erst nach Erkennen des Problems aufgrund des Berichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft L. & Partner GmbH vom 17. 8. 1984 umgestellt.

Danach hatte die Klägerin den entstandenen Schaden erkannt und zumindest die Möglichkeit der Erhebung einer Feststellungsklage gehabt. Die Einleitung einer solchen Klage war der Klägerin auch zumutbar. Aufgrund dieser Art der Finanzierung mußte sie mit der Entstehung von Belastungen und etwaigen Ersatzansprüchen ihrerseits gegenüber dem Beklagten rechnen.

Spätestens mußte sie jedenfalls mit solchen Belastungen rechnen, nachdem ihr die ursprünglichen Bescheide des Finanzamtes Siegen über die Festsetzung der Steuermeßbeträge für die Gewerbesteuer zugeworfen waren, in welchem diese Dauerschulden als solche berücksichtigt worden sind und anschließend ihr die Gewerbesteuerbescheide durch die Gemeinden zugeworfen waren.

Mit der Einleitung des Mahnverfahrens im Dezember 1984 hat die Klägerin zwar zunächst eine verjährungsunterbrechende Handlung vorgenommen (§ 209 Abs. 2 BGB).

**Die verjährungsunterbrechende Wirkung endete jedoch am 13. 1. 1985, da die Klägerin nach der unter diesem Datum erfolgten Widerspruchsnachricht des Amtsgerichts das Verfahren zunächst nicht weiter betrieben hat und das Verfahren infolge dessen zum Stillstand gekommen ist (§ 213 S. 1 in Verbindung mit §§ 212 a. S. 2, 211 Abs. 1 BGB)**

Die dreijährige Verjährungsfrist lief sodann am 24.1.1988 ab. Die Aufnahme des Verfahrens durch die Klägerin durch Einreichen des Klagebegründungsschriftsatzes vom 1.1.1988 und Einzahlung der zweiten Gerichtskostenhälfte erfolgte bereits in verjährter Zeit.

Dieses Ergebnis ist auch nicht unbillig.

Einerseits wußte die Klägerin von einem möglichen Schaden- und Ersatzanspruch gegen die Beklagten zu I., andererseits wußte sie auch um die Problematik der möglichen Verjährung von Ersatzansprüchen. Durch den Bericht der Firma L. & Partner vom 17. 8. 1984 hatte die Klägerin ausdrücklich von der Problematik der gewählten Wechselfinanzierungsart erfahren und diese hat sie durch ihr Schreiben an den Beklagten zu I. vom 10. 9. 1984 zum Anlaß genommen, ihm gegenüber Schadensersatzansprüche wegen erheblicher Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der von ihm erbrachten Abschluß- und Beratungsleistungen anzukündigen; darüber hinaus hat sie durch Schreiben vom 17. 12. 1984 dem Beklagten die Einleitung gerichtlicher Schritte zur Verjährungsunterbrechung angekündigt – die sie mit der Einleitung des Mahnverfahrens eingeleitet hat.

.....

## Honoraranspruch

– Verjährung

(OLG Düsseldorf Urt. v. 9.7.1992 – 13 U 255/91)

### Leitsatz

Der Steuerberater kann den Beginn der Verjährung seines Honoraranspruchs nicht durch die Verzögerung der Rechnungserteilung willkürlich hinausschieben; maßgeblich ist vielmehr darauf abzustellen, wann der Steuerberater den Vorgang abgeschlossen und das Arbeitsergebnis dem Mandanten zur Verfügung gestellt hat.

### Aus den Gründen:

I.

Die Berufung des Klägers hat nur zum Teil Erfolg. Der Beklagte schuldet dem Kläger über den vom Landgericht zuerkannten Betrag von 12.081,81 DM hinaus die Zahlung weiterer 1.800 DM zuzüglich Mehrwertsteuer, insgesamt also 14.133,81 DM.

1. Der Kläger war als Steuerberater für den Beklagten tätig. Erstinstanzlich hat er den anwaltlich nicht vertretenen Beklagten auf Zahlung rückständigen Honorars in Höhe von insgesamt 15.518,85 DM in Anspruch genommen. Das Landgericht hat den Beklagten aufgrund seiner Säumnis zur Zahlung von 12.081,81 DM verurteilt und die weitergehende Klage durch streitiges Urteil abgewiesen. Mit der dagegen gerichteten Berufung verlangt der Kläger lediglich noch die Zahlung weiterer 2.850 DM. Nach seiner Darstellung handelt es sich hierbei um die in der Rechnung Nr. 815 vom 28. Dezember 1989 berücksichtigten Vorschußleistungen in Höhe von 2.850 DM, die tatsächlich jedoch nicht gezahlt worden seien.
2. In Höhe eines Betrages von 1.800 DM zuzüglich Mehrwertsteuer ist die Forderung des Klägers berechtigt. Aus dem Zusammenhang der Rechnung Nr. 815 vom 28. Dezember 1989, der Rechnung Nr. 568 vom 2. September 1989 und der Aufstellung in der Klagebegründung ergibt sich, daß der Kläger im Rahmen der endgültigen Abrechnung vom 28. Dezember 1989 lediglich die Vorschußanforderung über 2.850 DM berücksichtigen, keineswegs aber deren Zahlung durch den



Beklagten quittieren wollte. Die Richtigkeit dieser Überlegung wird dadurch bestätigt, daß der Beklagte auch nicht behauptet, den mit der Rechnung vom 2. September 1989 angeforderten Vorschuß gezahlt zu haben.

Dagegen hat der Kläger keinen Anspruch auf Zahlung weiterer 700 DM netto. Insoweit muß sich der Kläger an seinem Vorbringen auf Seite 3 der Klageschrift festhalten lassen, wo er ausdrücklich die Zahlung der 700 DM bestätigt hat. Hiervon entfällt ein Teilbetrag von 400 DM auf den gemäß Rechnung Nr. 417 vom 1. Mai 1990 angeforderten "Gebührenvorschuß im Prozeß vor dem Finanzgericht – Art: Gewerbesteuer 1983". Eine in gleicher Weise beschriebene Tätigkeit hat der Kläger jedoch in der Rechnung Nr. 137 vom 1. Februar 1991 unter Position 4101 mit 316 DM netto abgerechnet. Das Landgericht hat diese Rechnung in voller Höhe anerkannt. Demnach ist der Teilbetrag von 400 DM noch nicht verbraucht. Dies gilt gleichermaßen für die restlichen 300 DM: Sie wurden in der Rechnung Nr. 705 vom 1. November 1989 unter der Position 4100 mit der Bezeichnung "Vorschuß für Einspruchsverfahren, Vollstreckungsverfahren oder Aussetzung der Vollziehung – Art: Einkommensteuerbescheide/Umsatzsteuerbescheide 83–85" angefordert. Die nachfolgende Rechnung Nr. 137 vom 1. Februar 1991, die das Landgericht ebenfalls als berechtigt angesehen hat, enthält mehrere Positionen, auf die die Beschreibung in der Vorschußanforderung zutrifft: so die Positionen unter der Nr. 4101 über 191,50 DM, 285 DM, 347 DM, 35 DM, 27,50 DM und 57,50 DM.

Der Anspruch des Klägers auf Zahlung von 1.800 DM zuzüglich Mehrwertsteuer ist nicht verjährt. Die Rechnung des Klägers vom 28. Dezember 1989 bezieht sich auf Tätigkeiten für das Steuerjahr 1987. Daraus folgt noch nicht ohne weiteres, daß die Forderung bei Einreichung der Klage im Mai 1991 bereits verjährt war. Nach § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB verjähren Ansprüche des Steuerberaters wegen seiner Gebühren und Auslagen in zwei Jahren. Die Verjährung beginnt nach §§ 198, 201 BGB mit dem Ende des Jahres, in dem der Anspruch fällig geworden ist. Ähnlich wie ein Rechtsanwalt kann der Steuerberater die Verjährung seiner Ansprüche nicht willkürlich hinausschieben, indem er die Aufstellung der Rechnung verzögert (Eckert/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung, 2. Auf., S. 132). Maßgeblich ist darauf abzustellen, wann der Kläger die steuerlichen Angelegenheiten aus dem Jahre 1987 abschließend bearbeitet hat. Nur bei einer Erledigung der Angelegenheit noch im Jahre 1988 wäre die Verjährung mit Ablauf des Jahres 1990 eingetreten. Eine entsprechende Darlegung, wann der Kläger die steuerlichen Angelegenheiten aus dem Jahre 1987 abschließend bearbeitet hat. Nur bei einer Erledigung der Angelegenheit noch im Jahre 1988 wäre die Verjährung

mit Ablauf des Jahres 1990 eingetreten. Eine entsprechende Darlegung, wann der Kläger die Steuersachen 1987 abschließend bearbeitet und ihm zur Unterschrift vorgelegt hat, enthält das Vorbringen des Beklagten nicht. Demnach kann nicht festgestellt werden, daß der Kläger die in der Rechnung vom 28. Dezember 1989 im einzelnen Bezeichneten Arbeiten bereits im Jahre 1988 ausgeführt hat.

## II.

Die Anschlußberufung des Beklagten ist durch die Erklärung seines Prozeßbevollmächtigten in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat, den entsprechenden Antrag aus dem Schriftsatz vom 22. Mai 1992 nicht zu stellen, gegenstandslos geworden. Diese Erklärung ist mit Rücksicht auf den zuvor erteilten Hinweis auf die sich aus §§ 338, 513 Abs. 1, 521 Abs. 2 ZPO ergebenden Bedenken gegen die Statthaftigkeit der Anschlußberufung als Rücknahme des Rechtsmittels zu werten, zumal die Wirksamkeit der Erklärung nicht vor der Beachtung der Formvorschriften abhängt (Thomas/Putzo, § 515 ZPO Anm. 3).

## III.

Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 515 Abs. 3, 92 Abs. 1, 708 Nr. 10, 713 ZPO.

Die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision nach § 546 Abs. 1 ZPO sind nicht erfüllt.

Der Wert der Beschwerde übersteigt für keine Partei die durch § 546 Abs. 1 gezogene Grenze.

Der Streitwert für die Berufungsinstanz beträgt für die Zeit bis zum 10. Juni 1992 14.931,81 DM und seit dem 11. Juni 1992 2.850 DM.

## Darlegungslast und Verjährung

- Anschaffungsnaher Erhaltungsaufwand
- Verjährungsbeginn

(OLG Köln, Urt. v. 25.5.1992 – 12 U 230/91)

## Leitsätze (d.Verf.):

1. Soll der Steuerberater nicht hinreichend über die steuerliche Behandlung anschaffungsnaher Aufwendungen aufgeklärt haben, so muß

der Mandant darlegen in welchem Zustand sich das Haus ursprünglich befand und welche Maßnahmen den Renovierungsaufwendungen zugrunde lagen. Der Sachvortrag, es seien keine Maßnahmen durchgeführt worden, die als Herstellungsaufwendungen im steuerrechtlichen Sinne aufgefaßt werden können, enthält keine nachvollziehbare Darlegung von Tatsachen und gibt keinen Anlaß, dem Beweisantritt auf Einholung eines Sachverständigengutachtens nachzugehen.

2. Die Belehrungspflicht eines Steuerberaters oder Anwaltes über noch nicht verjährte Regreßmöglichkeiten besteht grundsätzlich nur bis zur Beendigung des Mandats und entfällt zudem dann, wenn der Anspruchsteller anderweitig beraten wird.

### **Zum Sachverhalt**

Im Zusammenhang mit einem von den Klägern in Erwägung gezogenen Erwerb des Mehrfamilienhauses erfolgten am 11., 21. und 22. November 1985 Beratungsgespräche, in deren Verlauf der Beklagte handschriftliche Arbeitspapiere fertigte, auf deren Inhalt verwiesen wird (GA 29, 30, 84–87).

Mit notariellem Vertrag vom 27. November 1985 erwarben die Kläger das Grundstück zu einem Kaufpreis von 380.000 DM. In der Folgezeit, und zwar in den Jahren 1986 und 1987 ließen sie sodann Arbeiten an dem Objekt mit einem Gesamtaufwand von 493.364 DM durchführen. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen wurden am 23. August 1986 und 11. März 1987 weitere Arbeitspapiere sowie eine Aktennotiz ohne Datum erstellt, auf die ebenfalls verwiesen wird (GA 34, 35, 45–50). Fotokopien der bis dahin gefertigten Papiere leitete der Beklagte den Klägern unter dem 25. August 1986 zu.

Am 22. September 1987 wurde das Mandatsverhältnis beendet. Unter dem gleichen Datum übergab der Beklagte dem neuen Steuerberater seine Unterlagen und Ausarbeitungen, u.a. eine vorbereitete Einkommensteuererklärung für 1986 nebst einer "Aufstellung der AK bzw. HK und Werbungskosten für Objekt 'A. D.'".

Die entstandenen Aufwendungen machten die Kläger in der Folgezeit über den Steuerberater in ihren Einkommensteuererklärungen für 1986 und 1987 geltend. Wegen eines Betrages von insgesamt 450.246 DM war das Finanzamt indes der Meinung, daß es sich nicht um sofort abzugsfähige Erhaltungsaufwendungen, sondern nur um aktivierungspflichtige

anschaffungsnahe Herstellungskosten handele, die nur mit 2 % p.a. für die Dauer der Nutzung des Objekts als Zweifamilienhaus absetzbar sind. Gegen die unter dem 28. Juni und 2. November 1988 ergangenen Steuerbescheide legte der Steuerberater deswegen jeweils Einspruch ein. Die Entscheidung über diese Einsprüche wurde zunächst einvernehmlich zurückgestellt, weil Entscheidungen des Bundesfinanzhofes zu einer gleichgelagerten Problematik abgewartet werden sollten. Dieser hatte in der Vergangenheit entschieden, daß entsprechend der Regelung in § 157 Abs. 5 der Einkommenssteuerrichtlinien (EStR) Instandsetzungsaufwendungen innerhalb von drei Jahren nach dem Erwerb eines Hauses insgesamt nicht sofort abzugsfähig seien, wenn diese mehr als 20 % des Gebäudewertes – der hier 261.398 DM beträgt – überstiegen. Hiervon abweichende Auffassungen wurden indes nicht nur in der Literatur, sondern auch von verschiedenen Finanzgerichten in ab 1987 veröffentlichten Entscheidungen vertreten. Nachdem der Bundesfinanzhof mit Urteilen vom 11. August 1989 bei seiner bisherigen Rechtsauffassung verblieben war, erging am 13. September 1990, die Einspruchsentscheidung des Finanzamtes, die am 14. September 1990 zugestellt wurde und mit der – unter teilweiser Abänderung der angefochtenen Bescheide im übrigen – wegen der 450.246 DM die Einsprüche zurückgewiesen wurden. Diese Entscheidung ließen die Kläger bestandskräftig werden.

Bereits vorher, nämlich nach Veröffentlichung der Urteile des Bundesfinanzhofes vom 11. August 1989 im BStBl. 1990 II. S. 53 im Februar 1990 hatte der Steuerberater dem Beklagten telefonisch Beratungsfehler vorgehalten, insbesondere geltend gemacht, über steuerliche Konsequenzen "anschaffungsnahe Aufwendungen" nicht aufgeklärt zu haben. Dem trat der Beklagte mit einem Schreiben vom 9. März 1990 entgegen, wobei er Fotokopien seiner Unterlagen beifügte, und zwar wegen des Arbeitspapiers vom 23. August 1986 mit einem Zusatz auf Seite 6, der in den am 25. August 1986 übersandten Kopien nicht enthalten war. Dieser Zusatz (GA 33) lautet:

"Dabei ist davon auszugehen, daß nicht alle Kosten als Erhaltungsaufwand anerkannt werden. Begriff des "anschaffungsnahe Aufwandes" erläutert, also mit Sicherheit ein Teil als AK !!!"

Nach Ankündigung durch den Steuerberater mit Schreiben vom 12. Juni 1990 machten die Kläger mit Anwaltsschreiben vom 17. Juni 1990 gegenüber dem Beklagten Schadensersatzansprüche geltend. Dieser kam unter dem 20. August 1990 zunächst einer Bitte um Bekanntgabe seiner Haftpflichtversicherung nach und stellte nach Abstimmung mit seiner Versicherung mit Schreiben vom 11. September 1990 eine Ersatzpflicht in Abrede.

Mit Anwaltschreiben vom 19. September 1990 verfolgten die Kläger sodann die Ansprüche gegenüber der Haftpflichtversicherung weiter und baten um Äußerung bis zum 10. Oktober 1990, ob diese dem Grunde nach anerkannt oder aber zumindest um eine Erklärung, wonach auf die Erhebung der Einrede der Verjährung verzichtet werden.

Nachdem die Haftpflichtversicherung mit Schreiben vom 15. Oktober 1990 Äußerungen zum Haftungsgrund und zur Verjährung abgelehnt hatte und die Bevollmächtigten der Kläger ihrerseits mit einem weiteren Schreiben vom 23. Oktober 1990 um Aufklärung wegen des Zusatzes auf dem Arbeitspapier vom 23. August 1986 gebeten hatten, reichten die Kläger am 7. und 14. November 1990 Mahngesuche über Schadensersatzforderungen von 10.000 DM und 110.000 DM ein. Die antragsgemäß erlassenen Mahnbescheide wurden dem Beklagten am 28. November und 4. Dezember 1990 zugestellt. Die Kläger haben gemeint, der Beklagte habe sie nicht hinreichend über die steuerlichen Konsequenzen des Hauskaufs und der anschließenden Baumaßnahmen aufgeklärt. Hierzu haben sie behauptet, bei ihrer Kaufentscheidung, für die mehrere Möglichkeiten zur Wahl gestanden hätten, sei es ihnen in erster Linie darauf angekommen, Steuern zu sparen. Auf Anraten des Beklagten hätten sie sich für das Objekt "A. D." als das insoweit günstigste entschieden. Hierbei habe der Beklagte gewußt, daß sie das Objekt in dem später realisierten Umfang renovieren wollten, gleichwohl nicht auf die 20%-Grenze für anschaffungsnahe Aufwendungen hingewiesen. Wenn ihnen diese Grenze bekannt gewesen wäre, hätten sie das Objekt zunächst weitervermietet und die Arbeiten für die Dauer von drei Jahren zurückgestellt. Auf einen baldigen Umzug sei es ihnen nicht angekommen, da sie in einer komfortablen Eigentumswohnung gelebt hätten.

Sie haben weiter gemeint, daß bei einer späteren Durchführung der Arbeiten die 450.246 DM, bei denen es sich – wie sie geltend gemacht haben – um Reparatur- bzw. Instandhaltungskosten gehandelt habe – in vollem Umfang sofort absetzbar gewesen wären. Unter weiterer Einbeziehung der nach § 82 b EStDV möglichen Verteilung, bei der eine solche über einen Zeitraum für 2 Jahre die für sie günstigste gewesen wäre, wäre dann eine erhebliche Steuerersparnis eingetreten, die sie mit 193.600 DM beziffert haben, wobei wegen der Einzelheiten der Berechnung auf die Seiten 5 bis 8 der Anspruchsbegründung (GA II – 14) verwiesen wird.

Die Kläger haben beantragt,

den Beklagten zu verurteilen, an sie 193.600 DM nebst 10 % Zinsen seit dem 4. Dezember 1990 zu zahlen.

Der Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen.

Er hat behauptet, für ihn sei anlässlich der Beratung vor dem Hauskauf nicht erkennbar gewesen, in welchem Umfang eine Renovierung des Objekts erfolgen sollte. Ihm sei nur bekannt gewesen, daß die Kläger das Objekt selbst hätten nutzen wollen und eventuell einen Umbau in ein Zweifamilienhaus planen. Über die Problematik anschaffungsnahe Aufwendungen und die Möglichkeit, daß je nach den Umständen Reparaturkosten als Herstellungsaufwand behandelt werden könnten, habe er hingewiesen. Ferner hat er geltend gemacht, daß in den Kosten teilweise Herstellungsaufwand enthalten sei und daß sich auch bei einer zeitlichen Streckung um drei Jahre, die wegen des Eigennutzungswunsches der Kläger ohnehin nicht in Betracht gekommen wäre, deren steuerliche Behandlung nicht geändert hätte.

Im übrigen hat der Beklagte die Einrede der Verjährung erhoben, der wiederum die Kläger mit dem Einwand des Rechtsmißbrauchs entgegengetreten sind.

Das Landgericht hat mit einem am 30. Oktober 1991 verkündeten Urteil, auf das wegen der Begründung verwiesen wird, die Klage abgewiesen.

.....

#### **Aus den Gründen:**

.....

Schadensersatzansprüche wegen positiver Forderungsverletzung des Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen den Parteien stehen den Klägern nicht zu.

Es kann mit dem Landgericht offen bleiben, ob der Beklagte die Kläger hinreichend über die steuerliche Behandlung anschaffungsnahe Aufwendungen aufgeklärt hat.

Das Landgericht hat mit Recht und mit zutreffender Begründung, der der Senat beitrifft (§ 543 Abs. 1 ZPO), die Auffassung vertreten, daß die Klage schon deshalb keinen Erfolg haben könne, weil die Kläger nicht substantiiert dargetan hätten, welche Renovierungsarbeiten sie an dem Hauptgrundstück vorgenommen hätten.

Die Kläger legen weiterhin nicht dar, um welche Aufwendungen es sich im einzelnen bei den Kosten von 450.264 DM handelt. Zu einer näheren Darlegung wären sie aber gehalten gewesen. Bei sog. anschaffungsnahe Aufwendungen ist zu differenzieren zwischen Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen. Wegen der Herstellungskosten haben

die Kläger aber bereits in erster Instanz in ihrem Schriftsatz vom 17. 9. 1991 vorgetragen, daß der Beklagte sie zutreffend beraten habe. Im Raum steht daher nur ein möglicher Beratungsfehler wegen der Erhaltungsaufwendungen, die dem sofortigen bzw. nach § 82 b EStDV über einen Zeitraum von 2 bis 5 Jahren verteilbaren Werbungskostenabzug unterliegen. Die auf Abschnitt 157 Absatz 5 der Einkommenssteuerrichtlinien in der damals maßgeblichen Fassung (Bundesanzeiger vom 15. 4. 1985) gestützte Rechtsauffassung der Kläger, bei einer zeitlichen Streckung um mehr als drei Jahre wären alle auf das Haus verauslagten Kosten ohne weiteres sofort abzugsfähig gewesen, trifft in dieser Allgemeinheit nicht zu. Die entsprechende Verwaltungsvorschrift beinhaltet nur, daß

- a) bei Maßnahmen innerhalb von 3 Jahren mit Kosten über 20 % die Finanzbehörden regelmäßig davon ausgehen, daß hiermit ein bereits bei Kauf vorhandener Reparaturbedarf, der sich im Kaufpreis niedergeschlagen hat, nachgeholt worden ist,
- b) nach Ablauf von 3 Jahren diese Vermutung regelmäßig nicht eingreifen soll.

Auch nach Ablauf von 3 Jahren besteht eine sofortige Abzugsfähigkeit immer nur dann, wenn es sich um Erhaltungsaufwendungen, die im übrigen in der Neufassung der Einkommensteuerrichtlinien (Bundesanzeiger vom 10. 11. 1990) in Abschnitt 157 Absatz 1 beispielhaft aufgeführt sind, handelt und nicht Herstellungsaufwand vorliegt, also "etwas Neues, bisher nicht Vorhandenes" geschaffen wird (so die Abgrenzungsformel des Bundesfinanzhofes, z.B. BFH BB 1983, 1076).

Bereits von daher bedurfte es für den konkret geltend gemachten Schaden einer nachvollziehbaren Darlegung der im einzelnen veranlaßten Maßnahmen und der hierauf entfallenen Kosten. Dies gilt umsomehr, als sich bereits aus dem Klägervortrag Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Maßnahmen durchgeführt worden sind, die über eine bloße Instandhaltung bzw. Modernisierung hinausgehen. So war nach dem nicht bestrittenen Vortrag der Beklagten anläßlich der Beratung eine Umgestaltung des Objekts, das im Zeitpunkt des Kaufs über drei Wohnungen verfügte, in ein Zweifamilienhaus als mögliche Alternative in Erwägung gezogen worden. Ihrer Schadensberechnung legen die Kläger dann auch die "Zweifamilienhauslösung" zugrunde. Ferner haben sie ihrem nicht nachgelassenen Schriftsatz erster Instanz vom 8. Oktober 1991 ausgeführt, "Neues" sei von ihnen "nur in ganz untergeordnetem Rahmen eingefügt" worden "(z.B. ein neuer Garagenzugang)". Anhand ihres Sachvortrags läßt sich aber nicht feststellen, ob und gegebenenfalls welche Kosten anläßlich von Maßnahmen, die über Erhaltungsaufwand

**hinausgehen, in den 450.246 DM, die der Schadensberechnung zugrundeliegen, enthalten sind.**

Darüberhinaus kommt es nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes für die Beurteilung der Frage, ob bei einer **Generalüberholung** des Hauses mit einem Bündel von Maßnahmen die Kosten insgesamt dem Herstellungs- oder Erhaltungsaufwand zuzurechnen sind, jeweils auf die Umstände des Einzelfalles an (z.B. BFH DB 1991, 2320). Dies kann dazu führen, daß anschaffungsnaher Aufwand ausnahmsweise auch bei Instandsetzungsarbeiten angenommen werden kann, die zwar erst nach Ablauf von drei Jahren seit dem Erwerb des Gebäudes durchgeführt werden, aber einen schon im Zeitpunkt der Anschaffung vorhandenen erheblichen Instandhaltungsrückstand aufholen, was vor allem dann in Betracht kommt, wenn ein älteres Mietswohngebäude im Anschluß an den verbilligten Erwerb gleichsam in Raten erneuert und modernisiert wird (BFH DB 1991, 2470).

Auch dies führt dazu, **daß die Kläger im einzelnen hätten darlegen müssen, wie der Zustand des Hauses, in dem sich damals drei Wohnungen befanden, bei Kauf war und welche Maßnahmen genau den "Renovierungsaufwendungen" zugrundegelegt haben**, zumal – worauf das Landgericht mit Recht hinweist – die Kosten den steuerlichen Gebäudewert im Zeitpunkt des Kaufs um ca. 188 % übersteigen. Ohne einen solchen Vortrag läßt sich nicht nachvollziehen, inwieweit eine unterlassene Aufklärung für den konkret geltend gemachten Schaden kausal gewesen sein kann. Der Vortrag der Kläger in der Berufungsbegründung, es seien keine Maßnahmen durchgeführt worden, die "als Herstellungsaufwand im steuerrechtlichen Sinne aufgefaßt werden können", enthält keine nachvollziehbare Darlegung von Tatsachen und gibt deshalb keinen Anlaß, dem Beweisantritt auf Einholung eines Sachverständigengutachtens nachzugehen.

Im übrigen wären etwaige Schadensersatzansprüche verjährt. Die 3-jährige Verjährungsfrist des § 68 StBG begann – wovon auch die Kläger ausgehen – mit dem behaupteten Beratungsfehler im November 1985 und der nach ihrem Vortrag hierdurch veranlaßten Entschließung, die vorgestellten Baumaßnahmen sofort in Angriff zu nehmen; denn bereits zu diesem Zeitpunkt, spätestens aber durch das Überschreiten der "20-%-Grenze" im Jahre 1986 infolge der Baumaßnahmen mit einem Volumen von 374.030 DM wäre ein etwaiger Schadensersatzanspruch dem Grunde nach entstanden, und zwar unabhängig von einer Kenntnis der Kläger von einer möglichen Ersatzpflicht des Beklagten und etwaigen späteren Beratungsfehlern (BGH in ständiger Rechtsprechung, z. B. DB 1985, 2673; NJW-RR 1990, 459; Vollkommer Anwaltshaftungsrecht



Rdn. 457; Hansens NJW 1992, 1353, 1365). In dem Unterlassen eines Hinweises des Beklagten auf einen möglichen Beratungsfehler während des noch laufenden Mandats konnte zwar eine neue Pflichtwidrigkeit liegen, nämlich eine Verletzung der Pflicht, den Klägern Regreßmöglichkeiten zu erhalten. Der Lauf der Verjährungsfrist für diesen sog. sekundären Schadensersatzanspruch begann jedoch spätestens mit Beendigung des Mandats am 22. September 1987 und der Befassung des Steuerberaters mit der Wahrnehmung der steuerlichen Belange der Kläger unter Übergabe der für die Beurteilung erforderlichen Unterlagen; **denn die Belehrungspflicht eines Steuerberaters oder Anwalts über noch nicht verjährte Regreßmöglichkeiten besteht grundsätzlich nur bis zur Beendigung des Mandats und erfüllt zudem dann, wenn die Partei anderweitig beraten wird** (vgl. allgemein BGH DB 1985, 2673; BGH NJW-RR 1990, 459; Vollkommer a.a.O. Rdn. 472, 474; Hansens a.a.O. S. 1356). Auch der sekundäre Schadensersatzanspruch war mithin bei Einreichung der Mahngesuche über die Teilforderungen verjährt.

Zwar kann in besonders gelagerten Ausnahmefällen die Verjährung der Regreßhaftung auch nach Ablauf der Verjährungsfrist des Sekundäranspruchs zu berücksichtigen sein, wenn es dem Verpflichteten wegen eines **Rechtsmißbrauchs gemäß § 242 BGB** verwehrt ist, sich hierauf zu berufen (BGH DB 1985, 2673 und DB 1990, 2517). Ein derartiger Fall liegt hier indes nicht vor. Es lag allein im Einflußbereich der Kläger, wenn sie in der Hoffnung auf eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes zu anschaffungsnahen Aufwendungen zunächst von Regreßansprüchen absahen. Zudem konnten die Kläger unabhängig von der noch ausstehenden Einspruchsentscheidung nach Veröffentlichung der einschlägigen Urteile des Bundesfinanzhofes bereits im Februar 1990 Regreßmöglichkeiten einschätzen, diese jedenfalls dem Grunde nach – wie auch außergerichtlich geschehen – geltend machen und verjährungsunterbrechende Maßnahmen veranlassen. Für letzteres blieb selbst nach Zustellung der Einspruchsentscheidung am 14. September 1990 Zeit. Auch war die Geltendmachung von Ansprüchen – wie die Anspruchsbegründung in den Schreiben gegenüber dem Beklagten und dessen Haftpflichtversicherung zeigt – zunächst nicht von dem Zusatz auf Seite 6 der im März 1990 übersandten Fotokopien des Arbeitspapiers vom 23. August 1990 beeinflusst. Im übrigen hätte den Klägern bzw. ihren Bevollmächtigten die Diskrepanz der nunmehrigen Fotokopien zu den unter dem 25. August 1986 übersandten Unterlagen auffallen können. Eine Korrespondenz zu dieser Frage hat sich erst in verjährter Zeit mit dem Anwaltsschreiben der Kläger vom 23. Oktober 1990 an die Haftpflichtversicherung des Beklagten entwickelt.

.....

## Verjährung von Schadensersatzansprüchen

- § 68 StBerG
- FG-Verfahren

LAG Königswinter Urt. v. 4. 3.1992 – 3 C 390/91

### Leitsatz (d.Verf.):

Der Schaden ist in der Form von Rechtsverfolgungskosten entsteht spätestens bei Erhalt der angefochtenen Steuerbescheide.

Eine Korrespondenz zu dieser Frage hat sich erst in verjährter Zeit mit dem Anwaltsschreiben der Kläger vom 23. Oktober 1990 an die Haftpflichtversicherung des Beklagten entwickelt.

.....

### Zum Sachverhalt:

Der Mandant wehrte sich gegen einen von der Betriebsprüfung zu hoch angesetzten Entnahmegewinn von 105.686 DM. Er war beim FG wesentlich erfolgreich. Ihm entstanden Rechtsverfolgungskosten in Höhe von 5.236,25 DM. Die Betriebsprüfung fand im Jahre 1984 und das FG-Verfahren 1985 statt.

### Aus den Gründen:

.....

Der Beklagte ist nicht verpflichtet, an den Kläger 5.236,25 DM nebst Zinsen und vorgerichtliche Kosten zu zahlen

Ein etwaiger Schadensersatzanspruch des Klägers aus positiver Dienstverletzung des Beklagten – dessen Begründetheit dahinstehen kann – ist jedenfalls gemäß § 68 StBerG verjährt; der Beklagte beruft sich zu Recht auf diese Einrede der Verjährung, so daß ihm gemäß § 22 I BGB ein dauerndes Leistungsverweigerungsrecht zustünde bzw. zusteht.

Entgegen der Ansicht des Beklagten ist allerdings die 3-jährige Verjährungsfrist (§ 195 BGB) auf etwaige Schadensersatzansprüche des Klägers nicht anzuwenden. Sollte es auf den behaupteten Fehler des Beklagten im Jahre 19... ankommen, so wäre die Verjährung schon am 12. 8. 1975, nämlich 3 Jahre nach Inkrafttreten des 2. StBerÄndG (Einführung der Verjährungsfrist von 3 Jahren) eingetreten (vgl. Peter, Steuer-

beratungsgesetz, Stand 1991, § 68 Rn. 2 m.w. Nachw.). Jedoch ist für das "Entstehen des Anspruchs als Voraussetzung für den Anlauf der Verjährung (§ 198 BGB, § 68 StBerG) nicht auf das Jahr 1955 abzustellen, da dem Kläger bzw. seinem Rechtsvorgänger seinerzeit noch kein Schaden erwachsen war. **Erst mit dem Schadenseintritt und der Möglichkeit, den Schaden klageweise – wenigstens durch Feststellungsklage – geltend zu machen, ist der Ersatzanspruch entstanden** (BGH NJW 1979, 1550 und ST. RSPr.; PETER, § 68 Rn. 28 ff m.w.Nachw.). Da eine Feststellungsklage ausreicht, ist andererseits der Schaden des Klägers, der in den Aufwendungen zur Vermeidung der drohenden steuerlichen Nachteile liegt, nicht erst mit Abschluß des finanzgerichtlichen Verfahrens und Rechnungserstellung durch seinen Steuerberater entstanden. Vielmehr war möglicherweise schon nach Beendigung der Betriebsprüfung, spätestens aber bei Erhalt der dann angefochtenen Steuerbescheide vom 4. 2.1985 klar, daß der Kläger zur Abwendung von aus (angeblichen) Fehlern des Beklagten folgenden steuerlichen Nachteilen mit Einspruch und bei dessen Erfolglosigkeit mit Klage gegen die Bescheide vorgehen mußte. Zu diesem Zeitpunkt stand das "Ob" des Schadens – daß nämlich Rechtsverfolgungskosten entstehen würden – fest; daß Umfang und Höhe des Schadens noch offen waren, hindert das "Entstehen" des Ersatzanspruches nicht (Peter, § 68 Rn. 28 m.w.Nachw.). Der daraus resultierende Schadensersatzanspruch des Klägers konnte auch gegen den Beklagten im Wege der Feststellungsklage, ja sogar bereits der Leistungsklage in Form der Freistellungsklage geltend gemacht werden. Hingegen spielt es für das Entstehen des Anspruchs keine Rolle, dem Kläger das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen bekannt war (BGH a.a.O. und st. Rspr.; Peter, § 68 Rn.76 m.w.Nachw.).

Zum selben Ergebnis gelangt man, wenn man die höchstrichterliche Rechtsprechung (BGH a.a.O. und st. Rspr.; Peter § 68 Rn. 44 ff. m.w. Nachw.) zur Fehleraufdeckung anläßlich einer Betriebsprüfung heranzieht: Danach ist der Schadensersatzanspruch mit der Schlußbesprechung durchsetzbar entstanden. Die dem Gericht zugänglichen Entscheidungen beziehen sich allerdings auf schädigende Nachveranlagungen, doch kann für Kosten zur Abwendung einer solchen Nachveranlagung im Prinzip nichts anderes gelten.

.....

## Unerlaubte Steuerberatung

- Bilanzbuchhalter
- Honorarrückforderung
- Nichtigkeit des Geschäftsbesorgungsvertrages

(OLG Koblenz, Urt. v. 30.10.90 – 3 U 1293/89 – StB 1991, 12)

### Leitsätze:

1. Ein unter Verstoß gegen das Verbot unbefugter Hilfeleistung in Steuer-sachen abgeschlossener Geschäftsbesorgungsvertrag ist gemäß § 134 BGB nichtig.
2. Ein echtes, nicht nur zur Umgehung des Erlaubniszwangs für selbständige Steuerhilfe mißbrauchtes Arbeitsverhältnis setzt neben der Erfüllung aller lohnsteuer- und sozialrechtlichen Anforderungen die Verpflichtung des Dienstleistenden voraus, den Anweisungen seines Arbeitgebers in räumlicher, zeitlicher und sachlicher Hinsicht Folge zu leisten. Daran fehlt es, wenn ein steuerlicher Berater sich nach Art freier Berufe werbend präsentiert, eine ernsthafte und konsequente Ausgestaltung eines Aushilfsarbeitsverhältnisses unterläßt und die ihm überlassenen Geschäftsunterlagen des Steuerpflichtigen weisungsunabhängig und in freier Gestaltung in seinem Büro bearbeitet.
3. In solchen Fällen hat der Auftraggeber Anspruch auf Erstattung der dem Unbefugten gezahlten Vergütung und Ersatz des Schadens, soweit er durch mangelhafte Arbeit entstanden ist. Die Kosten eines nunmehr beauftragten Steuerberaters sind nur in Höhe der Mehrkosten ersatzpflichtig, die neben dem vom Auftraggeber für fachmännische Arbeit ohnehin zu zahlenden Steuerberaterhonorar zusätzlich erwachsen sind (Prüf- und Rechtsmittelkosten).
4. Die Vorschrift des § 5 StBerG ist Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB.

### Aus den Gründen:

Der Kläger hat nach A. Bereicherungsrecht (§ 812 Abs. 1 Satz 1 Fall 1 BGB) Anspruch auf Rückzahlung des gesamten an den Beklagten für dessen Steuerhilfe gezahlten Entgelts.

I.

Dieses Entgelt hat der Beklagte ohne Rechtsgrund erlangt. Denn der von ihm mit dem Kläger abgeschlossene auf Erstellung der steuerlichen

Buchführung, Erklärungen und Abschlüsse gerichtete Dienstvertrag i. S. d. §§ 675, 611 BGB (BGH NJW 1970, 1596; OLG Karlsruhe DJ 1975, 145) war wegen Verstoßes gegen das Verbot der unbefugten Hilfeleistung in Steuersachen (§ 5 StBerG) gemäß § 134 BGB von Anfang an nichtig.

1. Gemäß § 5 Satz 1 StBerG 1975 (heute § 5 Abs. 1 Satz 1 StBerG) war anderen als den in den §§ 3 und 4 bezeichneten Personen, zu denen der Beklagte nicht gehörte, untersagt, geschäftsmäßig Hilfe und Rat in Steuersachen zu gewähren. Das Buchführungsprivileg für steuerberatende Berufe war vom BVerfG (NJW 1981, 33 und 1982, 1687) lediglich für die Tätigkeit des Kontierens und die Erledigung der laufenden Lohnbuchhaltung zugunsten von Personen eingeschränkt worden, die eine kaufmännische Gehilfenprüfung bestanden hatten. Die Fertigung von Steuererklärungen und Jahresabschlüssen, die der Beklagte neben den Buchhaltungsarbeiten übernommen hatte, war uneingeschränkt den steuerberatenden Berufen vorbehalten geblieben. Das gesetzliche Verbot unbefugter Steuerberatung richtet sich zwar nicht gegen diejenigen, der die unzulässige Hilfeleistung in Steuersachen entgegennimmt. Aus Sinn und Zweck des Gesetzes ergibt sich aber, daß ein Vertrag, durch den ein Unbefugter in Steuersachen Hilfe zusagt, trotzdem keinen Bestand haben kann. Das genannte Verbot dient gleichermaßen dem Interesse des Steuerpflichtigen, indem es ihn vor der Falschberatung unfähiger und ungeeigneter Berater schützt, als auch dem Interesse der Allgemeinheit daran, daß im Steuerwesen nur Personen tätig werden, denen die Bearbeitung öffentlicher Angelegenheiten ohne Sorge anvertraut werden kann (BVerfG NJW 1981, 33/34). Dieser Gesetzeszweck läßt sich nur erreichen, wenn der Unbefugte nicht vertraglich verpflichtet wird, seine unerlaubte Tätigkeit auszuüben, und der Steuerpflichtige nicht an eine solche Vereinbarung gebunden wird. **Ein gegen das Verbot des § 5 StBerG verstoßendes Rechtsgeschäft ist daher gemäß § 134 BGB ebenso nichtig** (OLG Karlsruhe, DJ 1975, 145 f.; FG Düsseldorf, EFG 1988, 45), vgl. auch ArbG Berlin, MDR 1970, 178 f.) **wie ein gegen Art. 1 § 1 RBerG verstoßendes** (BGHZ 37, 258 ff.; OLG Hamm StB 1988, 95 f.). Eine unterschiedliche Beurteilung eines von einem nicht zugelassenen Rechtsberater und eines von einem nicht zugelassenen steuerlichen Berater abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages läge schon deshalb fern, weil die Steuerberatung ein Teil der Rechtsberatung ist (BVerfG, a. a. O., S. 34).
2. Der Beklagte kann sich den Nichtigkeitsfolgen nicht mit der Behauptung entziehen, er habe die steuerlichen Hilfeleistungen für den Kläger **lediglich in abhängiger Aushilfstätigkeit** erbracht. Zwar betrifft

das Verbot des § 5 StBerG nur die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Steuersachen, welche u. a. selbständiges Handeln voraussetzt. Da Angestellte der Weisung ihres Dienstherrn unterliegen und daher nicht selbständig sind, können sie dessen Steuersachen erledigen (Völzke, DB 1976, 1990). Ein Angestelltenverhältnis darf aber nicht zur Umgehung des Erlaubniszwangs für selbständige Steuerhilfe mißbraucht werden. Deshalb sind von jeher strenge Anforderungen für die Anerkennung von Aushilfsarbeitsverhältnissen gestellt worden. Selbst formell abgeschlossene Arbeitsverträge und die Ausstellung von Lohnsteuerkarten reichen nicht aus, wenn die steuerliche Hilfe dennoch das Bild einer freiberuflichen Tätigkeit in Steuersachen zeigt [vgl. hierzu BFH BStBl. 1970 II 642 ff. (644 Sp. 1 Abs. 3); Lohmeyer, Umfang und Grenzen der nicht genehmigungspflichtigen Hilfeleistung in Steuersachen, DStZ 1980, 167 ff. (171/172)]. Ein echtes Arbeitsverhältnis setzt neben der Erfüllung aller lohnsteuer- und sozialrechtlichen Anforderungen die Verpflichtung des Dienstleistenden voraus, den Anweisungen seines Arbeitgebers in räumlicher, zeitlicher und sachlicher Hinsicht Folge zu leisten (Lohmeyer, a. a. O., S. 172). Diese Voraussetzungen fehlen im Streitfall ebenso wie diejenigen eines arbeitnehmerähnlichen Verhältnisses. Auch dieses setzt eine wirtschaftliche Unselbständigkeit und persönliche Abhängigkeit vom Dienstgeber der Art voraus, daß der wirtschaftlich Abhängige auch seiner gesamten sozialen Stellung nach unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung schutzbedürftig sein muß (BAG NJW 1973, 1994 f.). Der Beklagte hat sich nach Art freier Berufe werbend präsentiert. Dies belegt das im Briefkopf unter seinem Namen aufgeführte Tätigkeitsfeld. Auch wenn er dem Kläger erklärt hat, er könne für diesen nur im Angestelltenverhältnis tätig werden, und diesen veranlaßt hat, Vergütungen mit der Zweckbestimmung „Aushilfe“ zu überweisen, ändert dies nichts daran, daß eine ernsthafte und konsequente Ausgestaltung seiner Vertragsbeziehung zum Kläger als Arbeitsverhältnis vom Beklagten nicht vorgenommen worden ist. Diesem ist es ersichtlich nur darum gegangen, seine Tätigkeit nach außen hin deklaratorisch als abhängige Aushilfstätigkeit erscheinen zu lassen. Den Abschluß eines schriftlichen Arbeitsvertrages mit dem Kläger unter näherer Bestimmung seiner Stellung hat der Beklagte ebensowenig behauptet wie etwa die Festlegung eines bestimmten Stundenlohns. Er hat Rechnungen erstellt. Sein Versuch, die eingegangenen Honorare buchmäßig als Aushilfslohn unterzubringen, war ein den wirklichen Charakter seiner Tätigkeit als freier Steuerhilfe nur verdeckendes und letztlich auch untaugliches Vorhaben. Kennzeichnend ist dafür das Einschieben blankounterschiedener Lohnabrechnungen für pauschalbesteuerter Aushilfskräfte, wobei die Hälfte der Belege nicht vom Beklagten, sondern offensichtlich von seiner (vom Kläger gar nicht beauftragten)

Ehefrau unterschrieben ist. Aufschlußreich ist auch der Versuch des Beklagten, mit der Erklärung, pro Monat sollten 390,- DM gezahlt werden, die erlangten Entgelte den Jahren 1983, 1984 und 1985 zuzuordnen, für die „jeweils fünf Monate erforderlich“ gewesen seien, obwohl er frühestens im Dezember 1985 vom Kläger mit steuerlichen Arbeiten beauftragt worden ist und die angegebenen Gesamtkosten von 1.570,- DM pro Jahr schon rechnerisch mit diesen Angaben nicht vereinbar sind. Nach dem Gesamtbild besteht an einer freiberuflichen Tätigkeit des Beklagten kein Zweifel. Er war nicht in den Betrieb des Klägers eingegliedert. Dieser hat dem Beklagten die erforderlichen Unterlagen zur Bearbeitung in dessen Büro überlassen. Dort hat der Beklagte weisungsunabhängig und in freier Gestaltung die ihm übertragene Tätigkeit ausgeübt.

3. Der Vergütungsrückforderung des Klägers steht § 817 Satz 2 BGB nicht entgegen. Der Senat sieht keinen Anlaß, die Ehefrau des Beklagten als Zeugin zu dessen Behauptung zu vernehmen, der Kläger habe gewußt, daß der Beklagte kein Steuerberater war und damals noch in einem Steuerbüro gearbeitet habe. Selbst wenn dies zuträfe, würde sich hieraus noch nicht der für § 817 Satz 2 BGB erforderliche Vorsatz [BGHZ 50, 90 (92)] des Klägers ergeben, einen Gesetzesverstoß zu begehen bzw. sich an diesem zu beteiligen. Einen konkreten Hinweis dieser Art behauptet der Beklagte selbst nicht. Er ist im Gegenteil durch seine Darstellung, die erforderlichen steuerlichen Leistungen als Aushilfstätigkeit erbringen zu wollen, beim Kläger mit der Vorstellung aufgetreten, in der gegebenen Situation gleichwohl alles korrekt abzuwickeln, ohne jedoch die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu haben und zu schaffen. Die daraus resultierenden rechtlichen Konsequenzen konnte der Kläger als einfacher Gewerbetreibender ersichtlich nicht erkennen. Der Senat hat keinen Zweifel, daß es ihm, zumal vor und nach der Tätigkeit des Beklagten steuerberatende Berufe in Anspruch genommen hat, ausschließlich darum ging, die durch die Arbeitsüberlastung seines damaligen Steuerbevollmächtigten gegenüber dem Finanzamt eingetretene Verzugssituation und dessen Zwangsmaßnahmen durch anderweitige Beauftragung eines Steuerfachmanns zu beenden.

Bei dieser Sachlage besteht auch **kein Rückforderungsausschluß gemäß § 814 BGB**. Denn der Kläger hat bei Zahlung der Vergütungen an den Beklagten nicht gewußt, daß keine Rechtspflicht zu diesen Leistungen bestanden hat.

II.

Der Vergütungsrückforderung des Klägers steht auch kein Bereicherungsanspruch des Beklagten auf Ersatz des Wertes der von ihm erbrachten steuerlichen Arbeiten entgegen.

1. **Dem Grunde nach scheitert ein Bereicherungsanspruch des Beklagten bereits an § 817 Satz 2 BGB.** Denn nach Überzeugung des Senats kannte der Beklagte – anders als der steuerlich unbeholfene und auf fachmännische Hilfe angewiesene Kläger – die Unzulässigkeit seiner bloßen Scheincharakter tragenden Aushilfstätigkeit als „Arbeitnehmer“.
2. Im Ansatz wenn auch nicht im Endergebnis besonders zu beurteilen ist die Tätigkeit des Beklagten nur insoweit, als sie teilweise im Bereich der Buchhaltung Tätigkeiten umfaßte, die nicht dem gesetzlichen Verbot der unbefugten Hilfeleistung in Steuersachen unterlagen.

Zwar ist im Hinblick auf § 139 BGB ein von einem Unbefugten geschlossener steuerlicher Geschäftsbesorgungsvertrag auch dann nach den §§ 134 BGB mit 5 StBerG insgesamt nichtig, wenn er teilweise erlaubte Tätigkeiten umfaßt (vgl. auch BGHZ 50, 92; 70, 17; OLG Hamm, StB 1988, 95). **Das Rückforderungsverbot des § 817 Satz 2 BGB bezieht sich aber nach seinem Sinn und Zweck nur auf den vom Gesetz mißbilligten Leistungsteil** (BGHZ 50, 92). Einer genauen Ausgrenzung und Bewertung des steuerlich erlaubten Tätigkeitsanteils bedarf es im Streitfall jedoch nicht, da die steuerlichen Arbeiten des Beklagten insgesamt wertlos waren. Die nach den Beanstandungen des Finanzamts vom Kläger beauftragte Steuerberaterin hat die Buchführung und Jahresabschlüsse komplett neu errichtet....

Außerdem hat der Kläger **gemäß § 823 Abs. 2 BGB mit § 5 StBerG** Anspruch auf Ersatz des Schadens, der ihn durch die Betriebs- und Bescheidsprüfung und die Rechtsmittel pp. entstanden ist. Zutreffend hat das Landgericht diesen Schaden auf der Grundlage der Rechnung der Steuerberaterin vom 30. Januar 1988 mit 2.371,20 DM beziffert. Dieser Betrag umfaßt nicht die Kosten der Wiederholung der steuerlichen Arbeiten durch die Steuerberaterin, welche der Kläger sowieso tragen müßte. Eine Doppelbelastung des Klägers kann insoweit nicht eintreten, da der Beklagte seine Vergütung zurückzahlen muß, **§ 5 StBerG ist ebenso wie Art. 1 § 1 RBerG** (BGHZ 15, 315, 37, 261) **Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB.** Es legt die Steuerberatung als Teil der Rechtsberatung nur in die Hände qualifizierter Personen und will damit den Schutz gesetzesunkundiger Steuerpflichtiger



sicherstellen, die durch Falschberatung unfähiger und ungeeigneter Berater schwere Nachteile erleiden können (BVerfG NJW 1981, 33/34). Diesem Schutzbereich unterfällt das Fehlverhalten des Beklagten uneingeschränkt. Hätte sich der Beklagte nicht über die Zulassungsschranke des § 5 StBerG und seine damit einhergehende und von ihm ebenso zu vertretende fachliche Minderqualifikation hinweggesetzt, wäre es zu dem Schaden nicht gekommen.

## **Fehlerprüfung durch neuen Berater**

– Gebührenanspruch

(OLG Düsseldorf Urt. v. 02.04.1992 – 13 U 170/91)

### **Leitsätze:**

1. Der Steuerberater erhält die Geschäftsgebühr gemäß §§ 40, 41 StBGebV, wenn er prüfen soll, ob einem zuvor beauftragten Steuerberater bei der Anfertigung der Einkommensteuererklärung ein Fehler unterlaufen ist und ob sich dieser im Rahmen des bereits betriebenen Einspruchsverfahrens ausräumen läßt.
2. Die erneute Einspruchseinlegung nach fehlerhafter Rechtsbehelfsentscheidung der Verwaltungsbehörde stellt keine neue Angelegenheit dar.

### **Aus den Gründen:**

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

Dem Kläger stehen Schadenersatzansprüche aus abgetretenem Recht nur in dem vom Landgericht zuerkannten Umfang zu.

I.

Den Eheleuten hat ein abtretbarer Anspruch gegen die Beklagte auf Ersatz der vom Kläger für die Erstattung eines schriftlichen Gutachtens berechneten Gebühren nicht zugestanden.

**Der Schädiger hat die Kosten eines Sachverständigengutachtens nur zu ersetzen, soweit dieses zu einer zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig war** (Palandt/Heinrichs, BGB, 50. Aufl., § 249 Rdn. 22). Ein rechtfertigender Anlaß, den Kläger mit der Erstattung eines eingehend begründeten schriftlichen Gutachtens zu beauftragen, hat es hier aber nicht gegeben.

Es bestehen ohnehin Zweifel, ob die Zedenten den Kläger überhaupt mit der Ausarbeitung eines Gutachtens im Sinne des § 22 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) beauftragt haben. Als von der Beklagten im erstinstanzlichen Verfahren der Vorwurf erhoben wurde, der Kläger habe mit seiner Tätigkeit gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßen, behauptete er, die Eheleute hätten ihn im Jahre 1985 ausschließlich mit der Überprüfung des Bescheids für 1979 über Einkommen- und Kirchensteuer beauftragt. Es sei nur um die Frage gegangen, ob innerhalb der Rechtsmittelfrist mit Aussicht auf Erfolg gegen den Bescheid habe Widerspruch eingelegt werden können. Dementsprechend heißt es auch zu Beginn des Gutachtens des Klägers, er sei beauftragt worden, „die steuerliche Veranlagung zu überprüfen“. Um einen weitergehenden Auftrag, etwa die Prüfung der Frage, welcher Schaden aus einer fehlerhaften steuerlichen Beratung entstanden ist, konnte es seinerzeit auch noch gar nicht gehen. **Zunächst war nur von Interesse, ob der Beklagten bei der Bearbeitung der Einkommensteuererklärung der Eheleute ein Fehler unterlaufen war und ob sich dieser im Rahmen des von der Beklagten betriebenen Einspruchsverfahrens ausräumen ließ. Zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung hätte es daher genügt, den Kläger mit der Erforschung des Sachverhalts und einer anschließenden Beratung zu beauftragen.** Das aber ist der Abgeltungsbereich der Geschäftsgebühr nach §§ 40, 41 StBGebV für die Vertretung im Rechtsbehelfsverfahren vor Verwaltungsbehörden. Wenn der Kläger meint, die Erstattung eines Gutachtens sei erforderlich gewesen, weil die Behandlung des sog. gewillkürten Betriebsvermögens ein gravierendes steuerliches Problem darstelle – der Gerichtssachverständige hat das ganz anders gesehen –, so muß er sich entgegenhalten lassen, daß in § 41 Abs. 1 StBGebV ein Gebührenrahmen vorgesehen ist, der u. a. auch der größeren Schwierigkeit einer erledigten Aufgabe Rechnung tragen soll (vgl. § 11 StBGebV).

Selbst wenn die Eheleute den Kläger tatsächlich mit der Erstattung eines schriftlichen Gutachtens beauftragt haben sollten, könnten sie die nach § 22 StBGebV berechneten Gebühren nicht ersetzt verlangen. Sie hätten dann gegen ihre Verpflichtung, den Schaden möglichst gering zu halten (§ 254 BGB) verstoßen.

II.

Die Beklagte ist auch nicht verpflichtet, die Gebühren des Klägers für die Einspruchsverfahren gegen die Steuerbescheide der Jahre 1981 bis 1986 zu erstatten.

Nach dem Ergänzungsgutachten des Sachverständigen vom 3. Dezember 1990 hätte es der Einlegung von Einsprüchen für die Folgejahre nicht bedurft, weil die Finanzverwaltung gemäß § 175 AO verpflichtet war, die Steuerfestsetzung von Amts wegen anzupassen. Der Kläger vertritt im Berufungsrechtszug die Auffassung, aus Gründen äußerster Vorsorge sei es ratsam gewesen, zur Klarstellung Einsprüche einzulegen. Zu Recht weist die Beklagte darauf hin, daß das gewünschte Ergebnis mit Hilfe eines einfachen Schreibens hätte erreicht werden können. Die Einleitung förmlicher Verwaltungsverfahren war also nicht erforderlich.

III.

Das Landgericht hat den Kläger auch zu Recht die **Besprechungsgebühr nach § 42 StBGebV** nicht zuerkannt.

Gemäß § 42 Abs. 2 StBGebV entsteht die Gebühr nur dann, wenn der Steuerberater an einer Besprechung über tatsächliche oder rechtliche Fragen mitwirkt, die von der Behörde angeordnet oder im Einverständnis mit dem Auftraggeber mit der Behörde oder einem Dritten geführt wird. Der Kläger legt dar, er habe Zweifel gehabt, ob der ihm von den Eheleuten geschilderte Sachverhalt zutreffend gewesen sei. Diese Zweifel habe er geäußert, worauf die Eheleute erklärt hätten, er, der Kläger, solle sich direkt mit der Beklagten in Verbindung setzen. Das ist zunächst schriftlich oder fernmündlich geschehen. Die Beklagte hat mit Schreiben vom 10. Juni 1985 ausführlich Stellung genommen. Welcher Aufklärungsbedarf danach noch bestanden hat, wird nicht dargelegt. Nach dem Vorbringen der Beklagten hat der Kläger bei seinem Besuch am 28. Juni 1985 das noch bestehende Mandat namens der Eheleute gekündigt, die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen angekündigt und die Herausgabe von Akten verlangt. Eine Besprechungsgebühr nach § 41 StBGebV fällt dafür nicht an.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Kläger in seinem Gutachten vom 5. Juli 1985, das nach dem Besuch bei der Beklagten erstellt worden ist, in eine vorläufige Schadensberechnung auch eine Position „Eventuell Besprechungsgebühr“ aufgenommen hat. Es erschien mithin auch ihm zweifelhaft, ob eine solche Gebühr bereits angefallen war oder aber noch entstehen konnte.

## IV.

Schließlich kann der Kläger die mit der Rechnung vom 27. April 1988 geforderte **Geschäftsgebühr für die Einlegung eines weiteren Einspruchs nicht verlangen.**

Nach § 12 Abs. 1 StBGebV entgelten die Gebühren die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters vom Auftrag bis zur Erledigung der Angelegenheit. Das Verwaltungsverfahren ist erledigt, wenn sich der Mandant mit der letzten Entscheidung der Behörde zufriedengeben oder aber Klage erheben will. War beim Finanzamt bei der Neuveranlagung, die unter maßgeblicher Mitwirkung des Klägers erfolgte, ein Fehler unterlaufen, so stellte die erneute Einspruchseinlegung keine neue Angelegenheit dar. Die Gebühren im „Verfahren vor Verwaltungsbehörden“ (§§ 40 ff StBGebV) sind den entsprechenden Anwaltsgebühren (§§ 118, 119 BRAGO) nachgebildet (Lappe, NJW 1982, 1436, 1439). Das Nachprüfungsverfahren vor einer Verwaltungsbehörde stellt aber auch für einen Rechtsanwalt selbst dann nur eine Angelegenheit dar, wenn er sich gegen eine Einspruchsentscheidung wendet (Gerold/Schmidt/Madert, BRAGO, 11. Aufl., § 119 Rdn. 21).

## Versicherungsberatung

- unerlaubte Rechtsberatung
- Versicherungsmakler

(LG Nürnberg-Fürth, Urt. v. 12. 7. 1991 – 4 HK 02898/91 – rkr. RPKU 1.163/92)

### Leitsatz:

Wer anbietet, gegen Honorar „bestehende Versicherungsverträge auf Unstimmigkeiten zu prüfen und Prämienforderungen der Versicherungsgesellschaften zu überprüfen“, um ein „Konzept über Prämieinsparung bei gleicher Abdeckung aller Risiken“ zu erstellen, bietet eine Versicherungsberatung an, die gem. § 1 Abs. 1 Nr. 2 RBerG erlaubnispflichtig ist.

### Zum Sachverhalt:

Kläger ist ein vom Präsidenten des Landgerichts zugelassener Rechtsbeistand für Versicherungsberatung. Der Beklagte hat keine entsprechende Zulassung. Er bietet seine Tätigkeit einem als „Vereinbarung“ überschriebenen Formular wie folgt an:

„...der/die Klient/in erteilt der Beraterin den Auftrag, bestehende Versicherungsverträge auf Unstimmigkeiten zu überprüfen und Prämienforderungen der Versicherungsgesellschaften zu beurteilen ...

Für diese Tätigkeit erhält die Unternehmens-Beratung von dem/der Klient/in ein Honorar von jährl. 45 % der tatsächlichen Prämieinsparungen zuzügl. Mehrwertsteuer. Diese Honorarvereinbarung gilt für einen Zeitraum von 5 Jahren, beginnend mit der jeweiligen Prämienfälligkeit.“

### Aus den Gründen:

Der Kläger ist nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 UWG klagebefugt. Der Beklagte verstößt mit seinem Angebot gegen § 1 UWG i.Vbdg. mit Art. 1 § 1 RBerG. Er ist daher zur Unterlassung in dem aus dem Urteilstenor ersichtlichen Umfang verpflichtet.

Der Erlaubniszwang, den Art. 1 § 1 RBerG für die rechtsbesorgende Tätigkeit vorsieht, dient nicht nur berufsständischen Interessen, sondern auch dem allgemeinen Interesse an einer zuverlässigen Rechtspflege. Wer daher ohne Erlaubnis eine solche Tätigkeit ausübt, handelt wettbewerbswidrig, ohne daß weitere Unlauterkeitsmomente hinzuzutreten brauchen (BGH 48, 17). Ein solcher Verstoß liegt hier vor.

Versicherungsberater bedürfen einer Erlaubnis nach Art. 1 § 1 Nr. 2 RBerG. Es handelt sich dabei um Personen oder Unternehmen, deren Erlaubnis sich u. a. darauf bezieht, Versicherungssuchende und Versicherte bei dem Abschluß, der Änderung und der Überprüfung von Versicherungsverträgen zu beraten und zu vertreten. Rechtsberatung ist auch Versicherungsberatung (Baumbach/Hefermehl, UWG, 16. Aufl. Rdnr. 684 zu § 1 UWG). Eine Erlaubnis nach Art. 1 § 1 Nr. 2 RBerG hat der Beklagte, wie zwischen den Parteien unstreitig, nicht.

Das Angebot des Beklagten ist aber auch nicht durch Art. 1 § 5 RBerG gedeckt. Art. 1 § 5 RBerG bezweckt, Berufe, die sich sachgemäß nicht immer ohne gleichzeitige Rechtsberatung oder sonstige Rechtsbesorgung ausüben lassen, von dem Erlaubniszwang des Art. 1 § 1 RBerG freizustellen.

Sie sollen nicht deshalb unmöglich gemacht oder doch unangemessen erschwert werden, weil mit ihnen nach ihrer Eigenart eine rechtliche Tätigkeit verbunden ist (BGH 70, 15; BGH in BB 88, 178).

Art. 1 § 5 RBerG stellt damit eine Ausnahmeregelung vom gesetzlichen Erlaubniszwang des Art. 1 § 1 RBerG dar. Es darf sich aber bei der erlaubten Berufstätigkeit nicht um einen Teil der eigentlichen Berufsaufgabe selbst, sondern nur um eine Hilfs- oder Nebentätigkeit im Rahmen der

eigentlichen Berufsaufgabe handeln (BGH 70, 15 und BGH in GRUR 81, 429). Die Bestimmung des Art. 1 § 5 RBerG ist eng auszulegen (Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, RBerG, 9. Aufl., Rdnr. 383).

Demnach ist ein unmittelbarer Zusammenhang im Sinne dieser Bestimmung nur gegeben, wenn ohne die Einbeziehung einer Rechtsberatung eine ordnungsgemäße Erledigung der eigentlichen Aufgabe des Unternehmens nicht möglich ist, d. h., die eigentliche unternehmerische Tätigkeit nicht ordnungsgemäß erledigt werden kann (Bayr. Oberstes Landgericht in BB 91, 647; OLG Köln in GRUR 86, 625; Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, Rdnr. 692).

Diese Voraussetzungen sind hier aber nicht gegeben. **Zwar ist der Versicherungsmakler dazu verpflichtet, seinen Auftraggeber sachgemäß und umfassend im Rahmen des Maklervertragsverhältnisses zu beraten** (BGH 94, 359; OLG Bremen in VersR 70, 853). Er darf in **unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluß eines Versicherungsvertrages seine Kunden rechtlich beraten und gegenüber dem Versicherer vertreten**, soweit dies für den Versicherungsabschluß erforderlich ist. **Unzulässig ist aber eine Rechtsberatungstätigkeit eines Versicherungsmaklers in der Hoffnung darauf, auf diese Weise künftige Kunden für einen später einmal möglichen Versicherungsvertrag zu gewinnen** (Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, Rdnr. 414).

Genau dies will aber der Beklagte mit seiner „Vereinbarung“. Er will, wie er in diesem Schreiben ausdrücklich darlegt, **bestehende** Versicherungsverträge überprüfen, ein Konzept entwickeln und den Kunden beraten. Die von ihm angebotene Tätigkeit entspricht aber gerade der erlaubnispflichtigen Versicherungsberatung.

Da es sich somit nicht um eine Hilfs- oder Nebentätigkeit eines Unternehmensberaters bzw. Versicherungsmaklers handelt, die mit einem Geschäft seines Gewerbebetriebs in unmittelbarem Zusammenhang steht, müßte der Beklagte eine Erlaubnis nach Art. 1 § 1 Nr. 2 RBerG haben, die jedoch nicht vorliegt. Er verstößt daher gegen § 1 UWG.

Dem Kläger steht daher ein Unterlassungsanspruch zu.

Es fehlt auch nicht an der Wiederholungsgefahr. Bei einem bereits begangenen Wettbewerbsverstoß besteht eine tatsächliche Vermutung für das Vorliegen der Wiederholungsgefahr. Ihre Widerlegung obliegt dem Verletzer (Baumbach/Hefermehl, Einl. UWG Rdnr. 263).

Daß der Beklagte die vom Kläger beanstandete „Vereinbarung“ an die Firma K. K. in F. versandt hat, wird vom Beklagten nicht bestritten. Zur Widerlegung der vermuteten Wiederholungsgefahr hat er nichts vorgebracht.

## GI Hinweis

Von einer AOK erhalten wir zu dem Urteil des LG Hannover GI 1991, 271, welches wir nur im Leitsatz abgedruckt haben, nachfolgenden Hinweis:

Es war in dem Urteil unstreitig, daß die Lohnunterlagen an die Krankenkasse herausgegeben werden durften. Darum hatte der Mandant gebeten. Die Verletzung der Pflicht zur Verschwiegenheit und zur gewissenhaften Berufsausübung war nur dadurch verletzt worden, daß der Steuerberater auch **Betriebsunterlagen des Mandanten** der Krankenkasse ausgehändigt hatte.

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1 – 10, 1992)

<b>Abtretung</b>			
– Abtretungsverbot, Zweckbindung, § 399 BGB	92, 58	– rechtswidrig, begünstigender Verwaltungsakt	92, 209
– d. Steuererstattungsanspruchs = Belehrungspflicht d. Stb	92, 77	<b>Berufsverbot</b>	
<b>Allgemeine Geschäftsbedingungen</b>		– Berufshaftpflichtversicherung	92, 135
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2, 114	– Schuldnerverzeichnis	92, 130,
– Rechtswahlklausel	92, 25	– d StB	131, 132
<b>Amtspflichtverletzung d. FA</b>		<b>Berufungsschrift</b>	
– Abweichen v. Steuerrichtlinien	92, 54	– für wen und gegen wen	92, 269
– Prüfung d. eingereichten Belege	92, 54	<b>Betrug</b>	
<b>Anerkennung</b>		– Gebührenüberhebung, § 352 StGB	92, 105
– Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB		<b>Beweislast</b>	
– Verjährungseingeständnis	92, 277	– unterlassene Aufklärung/Belehrung	92, 58
<b>Anwaltsnotar</b>		– Beweisvermutung	92, 2
– Sozietät	92, 121	– f. Mandatumumfang	
– Unparteilichkeit		<b>Bilanzerstellung</b>	
<b>Arglisteinwand</b>		– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10
– gegenüber Verjährungseinrede	92, 46	– Dritthaftung	92, 8
<b>Auskunftsvertrag</b>		– Testat	92, 8
– stillschweigender Abschluß		<b>Buchführungsauftrag</b>	
– Bilanz, Status	92, 8	– verspätete Erstellung	92, 95
<b>Bankhaftung</b>		<b>Bundesverfassungsgericht</b>	
– Prüfungspflicht, WP-Testat	92, 114	– Anwaltspflichten	92, 24
<b>Belehrungspflicht d. RA</b>		<b>Darlegungslast f. Regreßanspruch s. auch Beweislast</b>	
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		– anschaffungsnahe Erhaltungsaufwand	92, 284
– Kenntnis der Berufsordnung	92, 115	<b>Dienstvertrag</b>	
– gesetzliches Verbot	92, 115	– Steuerberatungsvertrag	92, 63
– beschränkte Erbenhaftung	92, 58	<b>Dokumentationspflicht</b>	
<b>Belehrungspflicht d. Stb/Wp</b>		– über Posteingang	92, 249
– Abtretung Steuererstattungsanspruch	92, 77	<b>Dritthaftung</b>	
– Befreiungstatbestand		– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18
– vor 15 Jahren	92, 22	– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– anschaffungsnahe Erhaltungsaufwand	92, 284	– obj. Interessenlage	92, 8
– Stiftungsgründung, Durchlaufspende	92, 175	– Testat	92, 8

– vertragsähn. Vertrauenshaftung	92, 17	– Geschäftsgebühr, §§ 40, 41 StBGebV	
<b>Ehescheidung</b>		– Fehlerprüfung	92, 299
– Parteiverrat d. RA	92, 127	– nach Kündigung, § 627 BGB	92, 160
– Unparteilichkeit d. Notars	92, 121	– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	92, 157
<b>Eigenschaft, zugesicherte –</b>		– Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	92, 294
– Steuervorteil	92, 181	– Schriftform	92, 157
<b>Erbenhaftung, beschränkte</b>		– Verjährungsbeginn	
– Belehrungspflicht d. RA	92, 58	– = verzögerte Rechnung	92, 282
<b>Feststellungsklage</b>		– Zahlung e. Teilbetrages	92, 95
– negative –	92, 28	<b>Honoraranspruch d. WP</b>	
– nichtiger Gesellschafterbeschuß	92, 88	– StbGebV	92, 89
<b>Freistellungsanspruch</b>		<b>Honorarrückzahlung</b>	
– Einwendungen i. Zahlungsprozeß	92, 85	– unerlaubte Rechtsberatung	92, 209
– Verjährung	92, 85	<b>Kapitalanlagebetrug</b>	
<b>Fristenkontrolle</b>		– Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	92, 85
– ohne Aktenvorlage	92, 269	<b>Kaufvertrag</b>	
– Briefumschlag, Zustellungsdatum		– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181
– = Zugang d. St-Bescheides	92, 249	<b>Kausalität</b>	
– Eingangsdatum	92, 238	– Beratungsfehler/fehlende Mandanteninfo	92, 28
– Fristenkontrollbuch	92, 238	– Steuervorteil, zugesicherter –	92, 181
– = Telefax	92, 238	<b>Klageerhebung</b>	
– doppelte –	92, 238	– Unterschrift	92, 269
– Fristüberwachung durch RA		<b>Konkurs d. StB</b>	92, 276
– = bei Aktenvorlage	92, 238	<b>Konkursverwalter Haftung d. –</b>	
– Fristversäumnis, unverschuldete –	92, 238, 276	– Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25
– = Beförderung der Post durch Mitarbeiter	92, 238, 276	– Interessenkollision	92, 25
– = zuverlässiger Mitarbeiter	92, 269	– Steuerhaftung	92, 25
– = Post in falschem Briefkasten	92, 238	<b>Lohnbuchhaltung</b>	
– d. rechtskundigen Mandanten	92, 259	– fehlerhafte Meldung d. Krankenkasse	92, 202
– Posteingang	92, 249	– = Erstattungsanspruch d. KK,	
– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	92, 239	– § 50 Abs. 1 SGB X	92, 202
– Telefax		<b>Lohnsteuererstattung</b>	
– = Funktionsfähigkeit	92, 41	– Finanzierung d. Kreditinstitute	
– = des Mandanten, dann Telebrief	92, 238	– = Mitwirkung d. Lohnsteuerhilfevereins	92, 28
– Überwachung durch Mandanten	92, 59	<b>Lohnsteuerhilfeverein</b>	
<b>Verdeckte Gewinnausschüttung</b>		– Mitwirkung b. d. Vorfinanzierung	
– Wettbewerbsverbot		– d. Lohnsteuer	92, 28
– = Übergangsregelung	92, 109	<b>Mahnbescheid</b>	
<b>GmbH</b>		– fehlerhafter –	92, 262
– eigenkapitalersetzendes Darlehen	92, 144	– Verzögerungen, Rückwirkung, § 693 Abs. 2 ZPO	92, 262
– Durchgriffshaftung	92, 145	<b>Maklervvertrag</b>	
– Jahresabschluß, Handelsregister	92, 108	– Beratungsfehler, Finanzierung	92, 208
– Löschung im HR	92, 108	<b>Mitverschulden</b>	
<b>Grundaufzeichnungen</b>		– Fristenkontrolle	92, 259
– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195	– Fristüberwachung	92, 59
<b>Grunderwerbsteuer</b>		– Grundaufzeichnungen	92, 195
– Erwerb von Gesellschaftsanteilen	92, 208	– richtige Informationen an StB	92, 22
<b>Haftungsbescheid</b>		– = durch Dritte	92, 58
– Anhörung d. Berufskammer	92, 276	– Mandatsentzug	92, 250
<b>Herstellungskosten</b>		– Steuererklärung	92, 59
– Gestaltungsfehler, Darlegungslast	92, 285	– Umbuchungsanweisungen d. M.	92, 195
<b>Honoraranspruch d. Stb</b>		<b>Niederlassungsfreiheit</b>	
– Änderung der Rechnung	92, 91	– gegenseitige Anerkennung	92, 114
– Besprechungsgebühr, § 42 StBGebV	92, 301	<b>Notar</b>	
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		– Belehrungspflichten	
– = Gebührenvorschriften	92, 95, 101	– = Ausschluß der Gewährleistung	92, 229
– = Gegenstandswert	92, 95, 101	– Ehevertrag	
– = Klagbarkeit	92, 101	– = Unparteilichkeit	92, 121
– = Zeitgebühr	92, 101	– Scheingeschäft	92, 229
– Fälligkeit, § 7 StBGebV		– Unparteilichkeit	
– = Betriebsprüfung	92, 44	– = Sozietät	92, 121
– Fehlerprüfung		– Vermögensvormund	
– = Geschäftsgebühr/Gutachtergebühr?	92, 299	– = Mündelgrundstück	92, 136
– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		– Wirtschaftsprüfer-Bestellung	92, 144
– = Mittelgebühr	92, 89	<b>Parteiverrat, § 356 StGB</b>	
		– Scheidungsverfahren	92, 127



<b>Praxisveräußerung</b>		
– Gegenstand d. –	92, 89	
– Haftung f. Altberater	82, 89	
<b>Prospekthaftung</b>		
– b. Bauherrenmodell		
= Hamburger Modell	92, 29	
– d. Gutachters	92, 3	
– Rechtswahlklausel	92, 25	
– Schaden		
= Befreiung v. Vertrag	92, 29	
– Verjährung		
= § 68 StBerG	92, 29	
<b>Prozeßvollmacht</b>		
– Bewilligung d. Nießbrauchslöschung	92, 242	
– Vergleich	92, 242	
<b>Rechtsanwalt</b>		
– Niederlassungsfreiheit		
– Wahrheitspflicht		
= d. Strafverteidigers	92, 128	
– Zulassung		
= Verbandstätigkeit	92, 88	
= AG-Vorstand		
– Zweitbüro		
<b>Rechtsberatung / Rechtsbesorgung</b>		
– Abwicklung des nichtigen RberVertrages	92, 209	
– Erschließungsbeiträge	92, 28	
– Honorarrückzahlung	92, 209	
– Steuerberater		
= Erschließungsbeiträge	92, 28	
– Umwandlung, Vertragsentwurf	92, 209	
– d. Wohnungsverwalters (WEG)	92, 88	
– Versicherungsberatung	92, 302	
<b>Rechtsmittelauftrag</b>		
– ohne Auftragsbestätigung	92, 76	
<b>Rechtswahlklausel</b>		
– Prospekthaftung	92, 25	
<b>Schaden</b>		
– negatives Interesse	92, 208	
= Zinsverlust	92, 228	
– Kapitalanlage		
= Rückabwicklung	92, 29	
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	92, 198	
<b>Schuldnerverzeichnis</b>		
– d. StB	92, 135	
<b>Schutzgesetz i. S. § 823 Abs. II BGB</b>		
– § 5 StBG	92, 292	
<b>Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB</b>		
– d. Gesellschafter-Geschäftsführers	92, 145	
– Jahresabschluß	92, 19	
– Vermögenslage	92, 145	
– vorsätzliche sittenwidrige –		
= Grundstücksbewertung	92, 191	
<b>Sozietät</b>		
– Anwaltsnotar		
= Unparteilichkeit d. Notars	92, 121	
<b>Standesrecht</b>		
– Berufshaftpflichtversicherungsschutz	92, 134	
– Berufsverbot	92, 130,	
	131, 132	
<b>Steuerberatungsgesetz</b>		
– § 4, Zf. 5		
= Unternehmensberater, Gutachten	92, 276	
= unmittelbarer Zusammenhang	92, 28	
– § 5		
= Schutzgesetz i. S. § 823, II BGB	92, 294	
= Steuerberechnung, Wirtschafts-		
beratungsfirma	92, 28	
– § 33, Hilfeleistung in Steuersachen		92, 2
= Rechenzentrum		92, 294
= unerlaubte –		92, 276
= umfassendes Mandat, ausl. Ges.		
– § 46 Abs. 2 Nr. 5		
= Konkurs d. StB		92, 276
– § 57		
= Werbeverbot, Anwaltssuchservice		92, 25
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		
– Ehegatten		
= Taschengeldparagraph, § 1357 BGB		92, 167
– Kündigung, § 627 BGB		
= lfd. Einspruchsverfahren		92, 155
= Resthonorar		92, 160
– Nichtigkeit, § 134 BGB		
= unerlaubte Steuerberatung		92, 294
<b>Steuererklärung</b>		
– Informationen d. Mandanten		92, 22
= fristgerechte –		92, 59
– Steuerbefreiungstatbestand		92, 22
<b>Steuergestaltungsberatung</b>		
– anschaffungsnaher Erhaltungsaufwand		92, 284
Unterbrechung d. Verjährung		
– Mahnbescheid		92, 278
– Mandatsumfang		92, 2
– Wirtschaftsberatung		92, 2
<b>Steuerhaftung</b>		
– d. Konkursverwalters		92, 25
<b>Stiftungsgründung</b>		
– Belehrung, Durchlaufspende		92, 175
<b>Strafvereitelung, § 258 StGB</b>		
– d. Strafverteidigers		92, 128
<b>Strafzumessung</b>		
– Berufsverbot		92, 130,
		131, 132
<b>Telefax</b>		
– Funktionsfähigkeit b. Justizbehörde		92, 41
– vom Mandanten, Telebrief, Schriftform		92, 238
<b>Testat (s. Bestätigungsvermerk)</b>		
– Beweiskraft		92, 8
– Prüfungspflicht d. Bank		92, 114
<b>Treuhänder</b>		
– Abtretung d. Einlageansprüche		92, 58
– Aufklärungspflichten		92, 114
= Erwerb d. Vertriebsmitarbeiter		92, 174
– Haftungsbeschränkung		
= grobe Fahrlässigkeit		92, 2
– Untreue, § 266 StGB		92, 58
– Vermögensbetreuungspflicht		92, 58
– Vollmacht, Umfang d. –		92, 114
<b>Unternehmensberater</b>		
– Gutachten, Betriebsaufspaltung		92, 276
<b>Unterschrift</b>		
– Klageschrift		92, 269
<b>Untreue, § 266 StGB</b>		
– Gebührenüberhebung, § 352 StGB		92, 105
– Treuhänder		92, 58
– Vermögensvormund		
= Mündelgrundstück		92, 136
<b>Verhandlungsgehilfe, § 278 BGB</b>		
– Makler		92, 181
<b>Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO</b>		
– Belehrungspflicht ü. Fehler u.		
Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		
= Anlaß zur Prüfung u. Belehrung		92, 209
– Prospekthaftung		92, 29
– Verjährungsbeginn		
= Außenprüfung, Steuernachveranlagung		92, 278
= Rechtsverfolgungskosten		92, 292

<b>Verjährung, § 51 BRAO</b>		BGH v. 19. 2. 1990 – AnwSt (R) 11/89	92, 123
– Belehrungspflicht ü. Fehler		BGH v. 12. 6. 1990 – 5 StR 268 – 89	92, 136
u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		BGH v. 17. 10. 1990 – IV ZR 197/89	92, 208
= Anlaß zur Belehrung	92, 46	= WM 1991, 246	
= Regreßmandat an Kollegen	92, 71	= VersR 1990, 1396	
= Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	92, 71	= NJW RR 1991, 627	
– Pflicht z. Verjährungsunterbrechung		BGH v. 5. 12. 1990 – 3 StR 214/90	92, 130
d. Streitverkündung/Stillhalteabkommen	92, 277	BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89	92, 25
– Verjährungsbeginn		= BGH Z 113, 262	
= Mandatsende, § 51 2. Alt. BRAO	92, 72	= WM 1991, 420	
Mandatsende, kein Schaden		= WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann)	
– Verjährungshemmung		= NJW 1991, 982	
= Verhandlung, § 852 BGB, 3 PflVG	92, 46	BGH v. 7. 2. 1991 – IX ZR 24/90	92, 229
<b>Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 5</b>		BGH v. 13. 2. 1991 – III StR 13/91	92, 127
– Verjährungsbeginn		BGH v. 25. 3. 1991 – AnwZ (B) 2/91	
= verzögerte Rechnung	92, 282	= BRAK-Mitt. 1991, 226	92, 88
<b>Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO</b>		BGH v. 23. 4. 1991 – I StR 734/90	
– anderweitige Ersatzmöglichkeit	92, 208	= RPKU 1.124/91	92, 58
<b>Vermittlerhaftung</b>	92, 174	BGH v. 26. 4. 1991 – V ZR 165/89	92, 181
– Belehrungsinhalt	92, 174	BGH v. 27. 5. 1991 – AnwZ (B) 4/91	
<b>Versäumnisurteil</b>		= BRAK-Mitt. 1991, 224	92, 88
– Flucht in die Säumnis	92, 262	BGH v. 10. 6. 1991 – II ZR 247/90	
<b>Verschwiegenheit</b>		= RPK U 1.077/91	92, 58
– gegenüber Miterben	92, 2	BGH v. 19. 6. 1991 – 2 StR 357/90	92, 44, 131
<b>Versicherungsberatung</b>		BGH v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90	92, 76
– unerlaubte Rechtsberatung	92, 302	BGH v. 27. 6. 1991 – IX ZR 222/90	92, 246
<b>Versicherungsschutz</b>		BGH v. 1. 7. 1991 – II ZR 180/90	92, 145
– Berufshaftpflicht		= WM 1991, 1548	
= Prämienzahlung	92, 134	= DStR 1991, 1429	
– Serienschaden		= VersR 1991, 1247	
= fehlerhafte Prospektprüfung	92, 80	= ZIP 1991, 1140	
<b>Verspätungseinwand, § 296, 528 ZPO</b>		BGH v. 11. 7. 1991 – IX ZR 180/90	
– Fristsetzung d. Vorsitzenden	92, 247	= WM 1991, 1812	92, 58
<b>Vollmacht</b>		BGH v. 24. 9. 1991 – VI ZR 293/90	92, 191
– d. Treuhänders, Umfang	92, 114	BGH v. 26. 9. 1991 – V II ZR 376/89	92, 29
<b>Wahrheitspflicht</b>		= BAUR 1991, 796	
– d. Strafverteidigers	92, 128	BGH v. 26. 9. 1991 – IX ZR 242/90	92, 28,
<b>Werbeverbot</b>		= NJW 1992, 240	
– Anwalts-Suchservice/Infodienst	92, 25	= MDR 1991, 1095	58
– Beratungsverbund	92, 174	= WM 1991, 1993	
– f. Rechtsanwälte	92, 25	BGH v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91	92, 41
– Strafverteidiger	92, 85	= WM 1991, 2080	
– Werbung	92, 123	= ZIP 1991, 1629	
<b>Wiedereinsetzung</b>		BGH v. 10. 10. 1991 – IX ZR 38/91	92, 28
– Nachweis d. StB über Posteingang	92, 249	= NJW 1992, 436	
<b>Wirtschaftsberatung</b>		= WM 1992, 276	
– Mandatsumfang	92, 2	BGH v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90	92, 59
<b>Zinsschaden</b>		= WM 1992, 62	
– fehlgeschlagene Kapitalanlage	92, 228	= NJW 1992, 307	
<b>Zwischenvermietung</b>		= DStR 1992, 410	
– Belehrungspflichten	92, 163	= DB 1992, 523	
– Gestaltungsmißbrauch	92, 163	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 204/90	92, 85
		= ZIP 1991, 1597	
BGH v. 26. 11. 1987 – IX ZR 162/86	92, 208	= NJW 1992, 241	
BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88	92, 25	BGH v. 21. 10. 1991 – II ZR 221/90	92, 88
= BGH Z 106, 134		BGH v. 7. 11. 1991 – III ZR 118/90	
= NJW 1989, 303		= RPK U 1.148/92	92, 174
= DB 1989, 525		BGH v. 7. 11. 1991 – IX ZR 288/90	92, 175
= WM 1989, 114		BGH v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91	92, 71
= ZIP 1989, 50		BGH v. 26. 11. 1991 – XI ZB 10/91	92, 239
BGH v. 4. 10. 1988 – VI ZB 21/88	92, 238	= NJW 1992, 697	
= VersR 90, 165		= VersR 1992, 983	
= MDR 1989, 55		= MDR 1992, 304	
= NJW-RR 1989, 127			

BGH v. 4. 12. 1991 – II ZR 141/90	92, 228	OLG Frankfurt v. 23. 5. 1991 – 6 W 41/91 rkr.	92, 28, 276
BGH v. 9. 12. 1991 – NotZ 26/90	92, 121	= BB 1991, 1962	
BGH v. 9. 12. 1991 – NotSt (B) 1/91	92, 144	= DSStR 1991, 1201	
= NJW 1992, 1179		= S + B 1991, 366	
BGH v. 11. 12. 1991 – VIII ZB 38/91	92, 238	= EWiR § 5 StBerG 1/91, 1125 (Chemnitz)	
BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91	92, 229	OLG Hamburg v. 4. 10. 1990 – 3 U 87/90	92, 28
BGH v. 19. 12. 1991 – VII ZR 155/91	92, 238	= StB 1991, 400	
BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91	92, 259	OLG Hamburg v. 12. 4. 1991 – 14 U 126/90	92, 262
= NJW 1992, 820		OLG Hamm v. 7. 6. 1989 – 25 U 168/88	92, 77
= WM 1992, 739		OLG Karlsruhe v. 20. 12. 1990 – 2 Ws 265/89	92, 105
= VersR 1992, 447		OLG Karlsruhe v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90	92, 3
= BB 1992, 392		OLG Karlsruhe v. 16. 10. 1991 – 1 U 5/91	92, 47
= DB 1992, 887		OLG Koblenz v. 30. 10. 1990 – 3 U 1293/89	92, 294
BGH v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91	92, 115	OLG Köln v. 9. 3. 1989 – 5 U 111/88	92, 53
= NJW 1992, 1159		OLG Köln v. 23. 1. 1991 – 2 U 56/90 n. rkr.	92, 114
= WM 1992, 742		= RPK U 1.075/91	92, 284
BGH v. 13. 2. 1992 – IX ZR 105/91	92, 249	OLG Köln v. 25. 5. 1992 – 12 U 230/91	92, 8
BGH v. 17. 3. 1992 – XI ZR 204/91	92, 174	OLG München v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90	
= WM 1992, 770			
BGH v. 20. 3. 1992 – V ZB 7/92	92, 144	OVG Nordrhein-Westfalen v. 27. 6. 1991 –	92, 28
BGH v. 20. 3. 1992 – VI ZR 7/91	92, 242	3 B 1858/90 rkr.	
BGH v. 7. 5. 1992 – IX ZR 151/91	92, 209	= StB 1991, 402	
BGH v. 13. 5. 1992 – VII ZB 3/92	92, 238		
BGH v. 3. 7. 1992 – V ZB 11/92	92, 276	KG Berlin v. 19. 12. 1990 – 24 U 5932/90	92, 88
BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 208/91	92, 277	= RPK U 1.070/91	
BfH v. 23. 1. 1991 – II B 69/89	92, 208	LAG Hamm, v. 16. 6. 1988 – 8 Sa 1695/87	92, 238
= RPKU 1.056/91		= NJW 1988, 3286	
BfH v. 14. 8. 1991 – I B 240/90	92, 144		
= NJW 1992, 1191		LG Arnsberg v. 20. 6. 1991 – 9 T 2/91	92, 108
BfH v. 12. 11. 1991 – 7 R 81/90	92, 276	LG Bielefeld v. 12. 2. 1992 – 16 O 271/91	92, 238
= Stgb 1992, 153		= Stbg 1992, 254	
		LG Düsseldorf v. 25. 10. 1991 – 20 S 47/91	92, 203
BVerfG v. 8. 7. 1991 – 2 BvR 731/91	92, 25	LG Hamburg v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90	92, 25
		= RPK U 1.065/91	
OLG Celle v. 7. 11. 1991 – 13 U 79/91	92, 174	LG Hannover v. 24. 1. 1991 – 19 O 414/90	92, 55
= StB 1992, 174		= StBK Köln – MBI 1991, 8	
OLG Düsseldorf v. 10. 8. 1988 – StO 1/88	92, 132	LG Karlsruhe v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89	92, 22
OLG Düsseldorf v. 11. 10. 1990	92, 101	LG München I v. 23. 4. 1991 – 8 O 20696/90	92, 114
– 18 U 62/90 rkr.		LG München v. 18. 12. 1991 – 4 O 11 723/91,	92, 85
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990	92, 89	n. rkr.	
– 18 U 109/90 rkr.		LG Nürnberg-Fürth v. 12. 7. 1991 – 4 HK 02898/91	92, 302
OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990	92, 96	rkr.	
– 18 U 100/90			
OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990	92, 91	GH Hessen v. 28. 2. 1991 – I EGH 2/90	92, 25
– 18 U 126/90 rkr.		= EWiR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	
OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1990 – I WS 1096/90	92, 128		
OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1991 – 18 U 253/90	92, 195	BdF Schreiben v. 4. 2. 1992	92, 109
OLG Düsseldorf v. 28. 3. 1991 – 13 U 2/91	92, 157	– IV B 7 – S 2742 – 6/92	
OLG Düsseldorf v. 11. 4. 1991 – 13 U 10/91	92, 160		
OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 3/91	92, 167	AG Hannover v. 27. 8. 1991 – 506 C 4532/91	92, 114
OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1991 – 13 U 16/91	92, 163	= RPK U 1.145/92	92, 292
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 25/92	92, 155	AG Königswinter v. 4. 3. 1992 – 3 C 390/91	
OLG Düsseldorf v. 25. 7. 1991 – 13 U 30/91	92, 198		
OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1991 – 13 U 100/91	92, 45	EuGH v. 7. 5. 1991 – Rs. C-340/89	92, 114
OLG Düsseldorf v. 2. 4. 1992 – 13 U 170/91	92, 299	= RIVW 1991, 946	
OLG Düsseldorf v. 2. 4. 1992 – 18 U 54/89 – rkr.	92, 278		
OLG Düsseldorf v. 9. 7. 1992 – 13 U 255/91	92, 282	Bayr. Verwaltungsgericht München v. 21. 3. 1991	92, 276
		– M 10 S 91,644 – rkr.	
		= StB 1991, 361	

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-72 98  
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.